



MITTEILUNGEN

Nummer 2 – Mai/Juni/Juli 2008

AUS DEM INHALT

- ↪ Landräte ab 1.5.2008
- ↪ Gemeindeschlüsselzuweisungen in Bayern
- ↪ Ministerium für den ländlichen Raum

BAYERISCHER LANDKREISTAG

Aktuell

Büchergeld: Nun ist der Landtag am Zug	3
--	---

Ländlicher Raum

Erfolgsbedingungen von Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen	3
Bayerische Landkreise auf der Internationalen Grünen Woche	4
Die Zeit ist reif für ein „Ministerium für den ländlichen Raum“!	4

Wirtschaft und Finanzen

Gemeindeschlüsselzuweisungen in Bayern – Gutachten des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung	5
Kommunale Doppik - Erfahrungen der ersten Eröffnungsbilanzen	7

Jugend und Soziales

Tarifsteigerungen in Kreiskrankenhäusern	7
Optisch wahrgenommene Geräusche	8

Deutscher Landkreistag

Kommunale Verantwortungsbereitschaft nutzen – Landräte für eine Arbeitsmarktpolitik aus einem Guss	9
Kommunen dürfen sich nicht mit „Kooperativem Jobcenter“ ausbooten lassen	10
Keine Änderung der Krankenhausfinanzierung zulasten des ländlichen Raums	10
Landkreise besorgt über Altersarmut	11

Europa

Vergaberecht: Wann ist ein Unternehmer ein öffentlicher Auftraggeber?	11
Hochschulkolleg E-Government: Konferenz zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie	12
Die EU ist fit für die Globalisierung	13
Ratifizierungszug zum EU-Reformvertrag rollt weiter	13

Aus den Landkreisen

Grenzüberschreitender Busverkehr	14
----------------------------------	----

Veranstaltungen

„euregia 2008“: Europas größte Messe für Regionalentwicklung	14
Neuer Lehrgang zum „Geprüften Natur- und Landschaftspfleger“	14

Personalien

Landräte in Bayern ab 1.Mai 2008	15
----------------------------------	----

Impressum:

Herausgeber und Verlag:
 Bayerischer Landkreistag
 Körperschaft des öffentlichen Rechts
 Kardinal-Döpfner-Straße 8
 80333 München

Postfachadresse:
 Postfach 34 02 63
 80099 München

Telefon (0 89) 28 66 15 - 0
 Telefax (0 89) 28 28 21
 Internet: www.bay-landkreistag.de
 e-mail: info@bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:
 Johannes Reile
 Geschäftsführendes Präsidialmitglied
 des Bayerischen Landkreistags

Herstellung:
 Druckhaus Deutsch GmbH
 Machtfinger Straße 21
 81379 München

Die Mitteilungen wurden auf chlorfrei
 gebleichtem Papier gedruckt.

Büchergeld: Nun ist der Landtag am Zug

In einer gemeinsamen Pressemitteilung haben sich die vier kommunalen Spitzenverbände zum Büchergeld geäußert:

„Wir begrüßen, dass die Staatsregierung beim Büchergeld im Grundsatz jetzt den richtigen Weg beschreitet. Aber es ist nicht einzusehen, dass die Kommunen für die Fehler beim Büchergeld finanziell bluten müssen“, erklären der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, sowie die Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Bürgermeister Uwe Brandl, des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, und des Verbands der bayerischen Bezirke, Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein: „Die Kommunen sind enttäuscht von der Staatsregierung. Nun ist der Landtag am Zug, um eine faire

Regelung für das Büchergeld zu finden. Der Landtag betont immer wieder, wie kommunalfreundlich er ist: Nun kann er es beim Büchergeld beweisen“.

Die Staatsregierung hat dem Bayerischen Landtag am 29. April 2008 einen Gesetzentwurf zugeleitet, der ab Mai im Parlament beraten wird. „Der Gesetzentwurf der Staatsregierung lässt die Kommunen im Regen stehen“. Für das Schuljahr 2007/08 bleiben die Kommunen auf Kosten von rund 15 Millionen Euro sitzen, weil die Staatsregierung bereits Ende 2007 erklärt hat, dass das Büchergeld nicht mehr erhoben werden muss. Diese Aufhebung der gesetzlichen Pflicht führte dazu, dass von da an praktisch keine Kommune das Büchergeld erheben konnte. Städte, Gemeinden und Landkreise müssen als Ausfallbürge einspringen.

Daneben sehen die Kommunen jährliche Mehrkosten auf sich zurollen, falls der Gesetzentwurf der Staatsregierung umgesetzt würde: „Wir bleiben künftig auf mindestens 6,3 Millionen Euro mehr pro Jahr sitzen als vor der unglücklichen Einführung des Büchergelds im Jahr 2005“, monieren die Vorsitzenden der kommunalen Spitzenverbände. „Das Konnexitätsprinzip (nach dem Motto ‚wer anschafft, soll auch bezahlen‘) verlangt zumindest, dass wir nicht schlechter gestellt werden als vorher“. Nach Ansicht der vier kommunalen Spitzenverbände müsste der Staat deshalb von den rund 50 Millionen für den jährlichen Bedarf an Schulbüchern an öffentlichen Schulen drei Viertel übernehmen – das würde in etwa der alten Rechtslage entsprechen.

Erfolgsbedingungen von Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen

Deutschland profitiert von vielen kleineren Wachstumsregionen

Wie kann die Raumordnung die Nutzung der wirtschaftlichen, natürlichen und soziokulturellen Potenziale Deutschlands, seiner Städte und Regionen für mehr Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung noch gezielter unterstützen? Was sind die Faktoren, die langfristig eine dynamische Entwicklung von Regionen ermöglichen und sichern?

Darüber diskutierten im April rund 100 Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung in Berlin. Einladungen hatten das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), um mit Unterstützung des Deutschen Landkreistags (DLT) die Ergebnisse des vom Bund finanzierten Forschungsprojektes „Erfolgsbedingungen von Wachstumsmotoren außerhalb der Metropolen“ vor-

zustellen, das vom Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern durchgeführt wurde.

„Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind nur im Miteinander der Regionen, von Stadt und Land zu bewältigen. Gerade die erfolgreiche Entwicklung kleinerer Wachstumsregionen müssen in der Politik und Öffentlichkeit mehr Beachtung finden“, stellte **Dr. Lütke Daldrup**, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, fest. Dr. Lütke Daldrup weiter: „Auch wenn oft die Metropolregionen bzw. großstädtischen Agglomerationsräume im Mittelpunkt des politischen Diskurses stehen, so tragen dynamische Wachstumsräume außerhalb der Metropolregionen genauso zu wirtschaftlichem Wachstum bei. Die Beispiele zeigen, wie selbst unter ungünstigen Ausgangsbedingungen Wachstum und zukunftsfähige

Entwicklungen einer Region möglich sind. Das sollte anderen Regionen Mut machen, aktiv und selbstbewusst vorhandene Potenziale und Möglichkeiten zu nutzen.“

Frau **Prof. Dr. Troeger-Weiß** von der Technischen Universität Kaiserslautern, die die Untersuchung in den Beispielregionen Bamberg, Cham, Emsland und Ohrekreis durchführte, stellte die wichtigsten Einflussfaktoren auf die regionale Entwicklung vor. Sie hob hervor, das Projekt habe gezeigt, dass umfassende Entwicklungsstrategien, in die alle wesentlichen Akteure des Raumes eingebunden sind, wesentliche Garantien für ein erfolgreiches Wachstum in den verschiedenen Aufgabenbereichen darstellen. Dabei ist aufgrund der Langfristigkeit erfolgreicher Wachstumsprozesse ein „langer Atem“ erforderlich und nicht eine auf kurzfristige Effekte

abzielende Regionalpolitik. Zudem sind verschiedene Handlungsfelder eng aufeinander abzustimmen und die Entwicklung muss von den regionalen Akteuren vor Ort initiiert und „selbst in die Hand genommen“ werden. Die untersuchten Beispiele können auch für andere Regionen Vorbilder sein.

Landrat **Theo Zellner** stellte die positive Entwicklung in seinem Landkreis Cham in den letzten Jahren vor. Als Erfolgsfaktoren nannte er vor allem die hohe Kooperationsbereitschaft und enge Zusammenarbeit aller Institutionen in erfolgreichen Netzwerken, aber auch

günstige Lohnkosten und kurze Genehmigungsverfahren. Wichtig seien auch eine aktive Wirtschaftsförderung und ein konsequentes Regionalmarketing. Für die Zukunft müsse man vor allem auf noch mehr Familienfreundlichkeit sowie auf Bildung und Qualifizierung setzen, um Abwanderung zu verhindern.

Für den Präsidenten des DLT, Landrat **Hans Jörg Duppré** geht es vor allem darum, die Attraktivität ländlicher Regionen zu erhalten: „Das heißt in erster Linie, Arbeitsplätze auch in der Fläche anzusiedeln. Gerade in der dezentralen Siedlungsstruktur Deutschlands liegt eine Stärke,

sowohl bezogen auf regionale Identität als auch wirtschaftliches Potenzial. Daran muss angeknüpft und weiter daran gearbeitet werden, die Bedingungen zur Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen zu verbessern.“ Die Notwendigkeit der vollständigen Erschließung der Fläche mit Breitbandinternet sei nur ein Beispiel dafür, wovon die Frage der Wahl eines Standortes abhängt, so Duppré. Zudem sei die Bildungs- und Schulinfrastruktur ein wesentlicher Faktor für Wachstum im ländlichen Raum: „Bildung bereitet den Nährboden für das wichtigste Kapital des ländlichen Raumes: Das Wissen und Können seiner Bürger.“

Bayerische Landkreise auf der Internationalen Grünen Woche

Die bayerischen Landkreise Cham, Neu- markt i. d. OPf, Ostallgäu und Kronach präsentierten sich auf der diesjährigen Internationalen Grünen Woche in Berlin. „Wir wollen das Leben im ländlichen Raum mit seinen Vor- und Nachteilen darstellen und so versuchen, ein breites Publikum für unsere Belange zu interessieren“, sagte Theo Zellner, Landrat des Landkreises Cham, der zugleich auch Präsident des Bayerischen Landkreistags und Vizepräsident des Deutschen Landkreistags ist.

Im Rahmen der erstmaligen Standpräsentation des Deutschen Landkreistags wurde unter dem Motto „Lebenswerte Vielfalt in Landkreisen – Eine abwechslungsreiche Deutschlandtour“ das ländliche Leben mit konkreten Projekten, Initiativen, Kulinarischem, Handwerklichem und auch Folkloristischem dargestellt. Die Bandbreite reichte vom ländlichen Tourismus über Infrastruktur bis hin zu regionalen Wirtschaftskreisläufen.



Prominente Gäste am Stand des Deutschen Landkreistags: MdB Klaus Hofbauer, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages Prof. Dr. Hans-Günther Henneke, Staatsminister Josef Miller, MdB Franz Kustner, Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags Barbara Stamm, Landrat und Vizepräsident Theo Zellner, Bezirksrat und Bürgermeister Franz Löffler (v.l.n.r.)

Die Zeit ist reif für ein „Ministerium für den ländlichen Raum“!

Die aktuelle Diskussion in der Presse zur Forderung des Bayerischen Obersten Rechnungshofes (ORH) nach einer umfassenden Umstrukturierung des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten zeigt überdeutlich, dass akuter Handlungsbedarf besteht.

Nur mit einem bayerischen Ministerium für den ländlichen Raum können die Stärken und Chancen des ländlichen Raumes optimal vorangebracht werden. Hierbei handelt es sich um eine langjährige Forderung des Bayerischen Landkreistags, der die Zukunft des ländlichen Raumes in den Mittelpunkt seiner

politischen Arbeit stellt und mit den Forderungen nach einem eigenen Ministerium sowie einer effektiven Gesamtstrategie alles tut, damit der ländliche Raum auch bei fortschreitendem demographischen Wandel als eigenständiger Arbeit-, Lebens- und Freizeitraum erhalten bleibt.

Die bisher unübersichtliche Förderung der einzelnen Ministerien, die mit dem ländlichen Raum befasst sind, und die oftmals nach dem Gießkannenprinzip erfolgt, muss durch eine wirkungsvolle Strategie ersetzt werden. Der Bayerische Landkreistag fordert daher schon seit langem, dass Bürger und Kommunalpolitiker **einen** verantwortlichen Ansprechpartner für den ländlichen Raum bekommen und nicht vier Ministerien (Innen-, Wirtschafts-, Umwelt-

und Landwirtschaftsministerium) mit Teilzuständigkeiten. Nur so können Reibungsverluste zwischen den unterschiedlichen Ressorts vermieden werden. Alle Förderprogramme, die auf die Fläche und die Entwicklung des ländlichen Raums zielen, müssen von einem verantwortlichen Minister geleitet werden. Eine Bündelung, durch die mittlerweile neu eingerichtete sog. Staatssekretärsrunde, ist nicht ausreichend. Dennoch zeigt dies, dass die Staatsre-

gierung die Notwendigkeit einer Koordination bereits erkannt hat. Im Übrigen würde durch ein eigenes Ministerium auch die Bedeutung des ländlichen Raumes deutlich gestärkt werden und ein Gegengewicht zur Bevorzugung der Metropolregionen bilden. Auch der Blick in andere Bundesländer zeigt, dass sich dort ein Ministerium für den ländlichen Raum bestens bewährt hat. Daran sollte sich auch die Bayerische Staatsregierung orientieren.

Gemeindeschlüsselzuweisungen in Bayern

Gutachten des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung

1. Ausgangssituation

Im Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich 2006 wurde von den kommunalen Spitzenverbänden und den Bayerischen Staatsministerien der Finanzen und des Innern eine **Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Gemeindeschlüsselzuweisungen** eingesetzt. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe haben daraufhin das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (NIW) mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt. Das Gutachten wurde am 22. Oktober 2007 von der Arbeitsgruppe abgenommen.

Das Gutachten sollte die Frage klären, inwieweit der **derzeitige Verteilungsmodus für die Gemeindeschlüsselzuweisungen** noch sachgerecht ist. Es umfasst eine empirische Bestandsaufnahme der Einnahmen- und Ausgaben-situation der bayerischen Gemeinden verschiedener Gruppen und Größenklassen für die Jahre 2003 – 2005, differenziert nach verschiedenen Ausgabenbereichen. Hierauf aufbauend untersucht das Gutachten, wie das Einnahmepotential und die Ausgabenbelastung der Gemeinden gemessen und für die Verteilung der Schlüsselzuweisungen abgebildet werden können.

2. Inhalt des Gutachtens

- I. Kommunalen Finanzausgleich in Bayern – Ein Überblick
 1. Inhaltliche Abgrenzungen von „Finanzausgleich“
 2. Mittelverwendungen im kommunalen Finanzausgleich Bayerns
- II. Fragestellungen und Untersuchungsschwerpunkte des Gutachtens
 1. Die Fragen der Auftraggeber
- III. Methodische Anmerkungen zur empirischen Analyse
 1. Bestandsaufnahme
 2. Steuerkraft- und Bedarfsbestimmung
- IV. Ergebnisse der empirischen Bestandsaufnahme nach Ebenen und Gemeindegrößenklassen
 1. Struktur, Entwicklung und Verwendung der allgemeinen Deckungsmittel – erste Einschätzungen und Konsequenzen für die weitere Untersuchung
 2. Struktur und Entwicklung der Zuschussbedarfe nach Aufgabenbereichen
- V. Das System zur Verteilung der Schlüsselzuweisungen in Bayern
 1. Steuer- und Umlagekraftermittlung

2. Bedarfsbestimmung überhaupt – und Ergänzungsansätze
3. Ausgleichsintensität, Sonderschlüsselzuweisungen und Nivellierungsgrad im bayerischen Verteilungssystem für Gemeindeschlüsselzuweisungen

- VI. Schlussfolgerungen aus der vorangegangenen Untersuchung: Handlungsbedarfe und Handlungsrestriktionen
 1. Ergebnisse der empirischen Bestandsaufnahme
 2. Die Einschätzung des Verteilungssystems für Schlüsselzuweisungen nach Finanzkraft und Finanzbedarf
 3. Handlungsbedarfe und Handlungsrestriktionen

3. Feststellungen im Gutachten

- 3.1 Im Beobachtungszeitraum zeigt sich, dass die Steuereinnahmen der Gemeinden in der Gesamtbetrachtung mit zunehmender Einwohnerzahl ansteigen.
- 3.2 Mit zunehmender Gemeindegröße steigen die Ausgaben sowohl im kreisangehörigen Raum als auch bei den kreisfreien Städten.

3.3 Der kommunale Finanzausgleich in Bayern wählt für die Gemeindeebene vorrangig die Einwohnerzahl der Gemeinden und kreisfreien Städte zur Differenzierung von Bedarfen. In Bezug auf die Zuschussbedarfe in den Verwaltungshaushalten scheint die Einwohnerzahl trotz aller individuellen Abweichungen in vielen Fällen doch einen relativ hohen statistischen Erklärungswert zu haben.

3.4 Dass gerade in Gemeindegruppen mit weniger als 5.000 Einwohnern für die allgemeine Verwaltung mehr Mittel verwendet werden müssen als in größeren Gemeinden, ist unmittelbar plausibel; ein höherer Aufwand im Schulbereich erklärt sich aus der politischen Vorgabe, dass auch in dünn besiedelten Räumen, in denen Kleinstgemeinden stark vertreten sind, Grund- und Hauptschulen in möglichst geringer Entfernung voneinander auch bei niedriger Auslastung vorgehalten werden sollen.

3.5 Eine Alternative zur Hauptansatzstaffel bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen ist kaum realisierbar.

3.6 Die Steuerkraftermittlung im kommunalen Finanzausgleich ist kritisch zu sehen.

- Nach Auffassung der Gutachter leuchtet es zunächst zumindest nicht unmittelbar ein, dass die Beteiligung der Gemeinden an der **Grunderwerbsteuer** aus der Steuerkraftermittlung ausgeschlossen bleibt.
- Für die **Realsteuern** sind deutliche Unterbewertungen herausgestellt worden, die auf die Festsetzung der Nivellierungshebesätze zurückzuführen sind. Diese fiktiven Hebesätze liegen insbesondere bei den Grundsteuern A und B, aber auch bei der Gewerbesteuer deutlich unter den Durchschnittshebesätzen. Gerade in steuerstarken Gemeinden – also Gemeinden mit breiter Steuerbasis – bleibt ein nicht unwesentlicher Teil der mög-

lichen Einnahmen deshalb anrechnungsfrei.

- Bei der Anrechnung der **gemeindlichen Einkommensteuerbeteiligung** sind umgekehrte Effekte sichtbar geworden. Hier werden durch die progressive Berücksichtigung der Einnahmen einkommensteuerschwache Gemeinden begünstigt.

Zusammenfassend hält das Gutachten zur Steuerkraftermittlung fest: Begünstigt werden zum einen gewerbesteuerstarke, zum anderen einkommensteuerschwache Gemeinden. Im Vergleich der tatsächlichen mit den in der Steuerkraft angerechneten Steuereinnahmen haben die kreisfreien Städte am besten abgeschnitten. Unter den kreisangehörigen Gemeinden sind es die kleinsten, die als begünstigt angesehen werden.

3.7 Die Bedarfsbestimmung für den interkommunalen Vergleich erfolgt in Bayern über

- die Einwohnerhinzurechnungen und -gewichtungen
- die „Demografieansätze“ für Gemeinden und Landkreise
- den Zuschlag in Höhe von 10 % auf den Basis-Hauptansatz für kreisfreie Städte
- den Strukturschwächeansatz für kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte, der sich an der Zahl der Arbeitslosen in Relation zur gemeindlichen Steuerkraft orientiert. Dieser Ansatz bezieht sich nicht auf konkret fassbare Aufgaben- und Ausgabenbelastungen,
- den Sozialhilfeansatz für kreisfreie Städte und Landkreise, der an den tatsächlichen reinen Sozialhilfeausgaben in Relation zu den Umlagegrundlagen der Träger ansetzt. Kritisch anzumerken ist, dass mit dem Sozialhilfeansatz nur einer der großen Kostenblöcke unter den Kreisaufgaben der sozialen Sicherung erfasst wird, die Jugendhilfe jedoch nicht eingerechnet wird.

Das Nebeneinander von allgemeinen Schlüsselzuweisungen und Sonderzuschlüsselzuweisungen erschwert den Überblick. Letztlich muss vermutet werden, dass die Ausgleichseffekte durch die Kombination beider Zuweisungsformen – noch verstärkt durch den Strukturschwächeansatz – zu einer deutlich höheren Ausgleichsintensität führen, als ein erster Blick auf die gesetzlichen Regelungen vermuten ließe.

4. Fazit des Gutachtens

Das Gutachten stellt fest, dass es kein optimales, allein richtiges System des kommunalen Finanzausgleichs gibt. Die Gestaltungsoptionen seien vielfältig. Das Gutachten kommt zu dem Schluss, dass der Bayerische Finanzausgleich **von einem hohen Gerechtigkeitsgedanken getragen wird und großteils zu den angestrebten Ergebnissen führt**. Das Gutachten sieht aber auch Ansatzpunkte für Verbesserungen. Die Ergebnisse des Gutachtens werden von den einzelnen Arbeitsgruppenmitgliedern unterschiedlich gesehen.

5. Weiteres Vorgehen der Arbeitsgruppe

Die Arbeitsgruppe wird sich intensiv mit den Schlussfolgerungen und Vorschlägen des Gutachtens befassen. In diesen Prozess werden die Arbeitsgruppenmitglieder eigene Wahrnehmungen und zusätzliche Erkenntnisse einbringen. Anhand von Modellrechnungen werden Vorschläge auf Zielerfüllung und Umsetzbarkeit überprüft werden. Aus der Gesamtschau heraus wird die Arbeitsgruppe Änderungsvorschläge entwickeln. Diese sollen möglichst in ein gemeinsames Reformkonzept als Entscheidungsgrundlage für die politischen Gremien münden.

Insgesamt wird seitens der Arbeitsgruppe davon ausgegangen, dass mit einer Reform des kommunalen Finanzausgleichs frühestens zum 1. Januar 2009 gerechnet werden kann.

Kommunale Doppik

Erfahrungen der ersten Eröffnungsbilanzen bayerischer Landkreise

Mit dem Jahresbeginn 2008 haben nun insgesamt zehn bayerische Landkreise ihr Rechnungswesen mit der Einführung der kommunalen Doppik neu gestaltet. Damit liegen inzwischen die ersten geprüften Eröffnungsbilanzen bayerischer Landkreise vor.

Welche Aussagen ergeben sich nun aus diesen Eröffnungsbilanzen? Zunächst zeigte sich, dass die Bilanzsumme durchschnittlich großer bayerischer Landkreise (mit etwa 120.000 Einwohnern) grob etwa 120 Millionen Euro beträgt. Im Detail hängt dies selbstverständlich von der Größe, der Struktur und dem Investitionsverhalten des jeweiligen Landkreises ab. Auf der **Aktiva-Seite** entfällt zwischen 80 und 90 % davon auf das Anlagevermögen, das langfristig zur kommunalen Aufgabenerfüllung gebunden ist. Obwohl in Bayern – wie in den meisten Bundesländern – keine Unterteilung des Vermögens in veräußerbare und nicht veräußerbare Bestandteile erfolgt, muss an dieser Stelle betont werden, dass wesentliche Bestandteile des Vermögens (wie etwa Kreisstraßen, Schulgebäude etc.) nicht verkauft und damit beliebig zu Geld gemacht werden können. U.a. deswegen erfolgte in Bayern die Bewertung der Gebäude und des

Infrastrukturvermögens im Vergleich zu anderen Bundesländern eher restriktiv. Ein Vorteil der niedrigeren Bilanzwerte liegt in den konsequenterweise niedrigeren laufenden Aufwendungen. Ergänzt wird die Aktivseite mit den flüssigen Mitteln und dem sonstigen Umlaufvermögen.

Der oft spannendere Blick auf eine Bilanz betrifft die **Passiva-Seite**. Diese gibt Aufschluss über die Kapitalherkunft. Der erste Blick gilt in der Regel der Eigenkapitalposition. Im Vorfeld der Umstellung auf die doppelte kommunale Buchführung wurde vor allem in anderen Bundesländern befürchtet, dass bei der Gegenüberstellung des Vermögens und der Schulden oft kein oder zumindest kein nennenswertes Eigenkapital mehr auszuweisen ist. Die ersten Eröffnungsbilanzen bayerischer Landkreise können diese Befürchtungen glücklicherweise entkräften. Als mittlerer Wert zeigte sich ein Eigenkapitalsockel zwischen einem Fünftel und einem Drittel der Bilanzsumme. Dieser Posten ist allerdings nicht als verfügbare „Rücklage“ zu verstehen, sondern ergibt als rein rechnerische Residualgröße auf der Passivseite. Neben den kommunalen Verbindlichkeiten vermindern auch die erhaltenen Investitions-

zuschüsse (als Sonderposten) sowie die Rückstellungen für zukünftige Aufwendungen das Eigenkapital. Nach den ersten Eröffnungsbilanzen sind Rückstellungen bei den Landkreisen doch in knapper zweistelliger Millionenhöhe zu erwarten.

An dieser Stelle darf der Hinweis nicht fehlen, dass die Eigenkapitalposition eines Landkreises nicht einfach mit der anderer Kreise oder Kommunen vergleichbar ist. Bedingt durch die unterschiedlichen Infrastrukturen ist sie für jede Kommune spezifisch und eignet sich nicht zur Bildung von „Hitlisten“. Umso mehr muss es Ziel der politisch Verantwortlichen sein, dieses Eigenkapital, d.h. die ausgewiesene vorhandene Substanz, in die Zukunft zu erhalten. Es ist als Vorzug, aber auch als Verpflichtung des neuen Rechnungswesens hervorzuheben, dass das öffentliche Wirtschaften durch eine Darstellung der Zusammenhänge zwischen der laufenden Verwaltungstätigkeit sowie der Investitionstätigkeit und der damit verbundenen Finanzierungstätigkeiten in bislang nicht gewohnter Weise transparent wird. Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet also ein bewusstes und aktives Steuern dieser Größen!

Theo Zellner: „Der Bund treibt uns in eine Kostenfalle“

Tarifsteigerungen stellen Kreiskrankenhäuser in Bayern vor nicht unerhebliche Probleme

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, ist von den Auswirkungen der Tarifabschlüsse sowohl für die öffentlich Bediensteten als auch für die Ärzte in kommunalen Krankenhäusern hin- und hergerissen: „Zwar sind wir sehr froh, dass sich die Tarifparteien

schnell und ohne langwierigen Streik geeinigt haben. Wir begrüßen auch, dass die öffentlich Bediensteten nach den vielen Nullrunden endlich wieder mehr Geld bekommen und die unteren Lohngruppen bevorzugt werden. Der Tarifabschluss zwischen der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber-

verbände (VKA) und der Ärztegewerkschaft Marburger Bund zeigt auch die hohe Anerkennung, die der ärztlichen Leistung entgegen gebracht wird. Nur haben die von den Landkreisen getragenen Krankenhäuser ein Problem: Sie müssen die Lohnsteigerungen aus ihren Einnahmen refinanzieren!“

Die Gehälter steigen im Schnitt um rund acht Prozent. Da die Budgets der Krankenhäuser gedeckelt sind, können steigende Kosten nicht über Mehreinnahmen finanziert werden. Auch sind weitere Einsparungen in den Kliniken nicht mehr möglich, da bereits jetzt schon alle vertretbaren Rationalisierungsmaßnahmen getroffen wurden. Viele Landkreise werden daher die Finanzierung nicht schultern können. Hier sieht Zellner die Kostenfalle des Bundes gerade bei den Kreiskranken-

häusern der Grundversorgung in den ländlichen Regionen zuschnappen: „Wir haben die Mehrwertsteuererhöhung zu finanzieren, die Energiekostensteigerungen und jetzt auch noch diese Tarifsteigerungen! Das wird viele schon bedrängte Krankenhäuser überfordern!“

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags verweist darauf, dass insbesondere in der jüngeren Vergangenheit die Gesundheitspolitik des Bundes zu

Lasten der Krankenhäuser der Grundversorgung im ländlichen Raum gegangen ist: „Ich habe den Eindruck, dass Frau Bundesministerin Schmidt diese Häuser nicht mehr haben will und diese über die Kostenschraube kaputt spart. Dass die Bürger und Patienten vor Ort das Nachsehen haben, wird in Kauf genommen.“ Der Bayerische Landkreistag will ein finanzielles Ausbluten der Kreiskrankenhäuser verhindern und fordert daher, die Budgetdeckelung aufzuheben.

Optisch wahrgenommene Geräusche

Neue Erkenntnisse aus Sicherheitskampagnen hat der Feldafinger Grafik-Designer Hans Schnellhammer, der vor über 20 Jahren die Hinweisschilder „Gas weg: Kinder!“ entwickelt hatte, mit optisch wahrgenommenen Geräuschen umgesetzt. Das neue Sicherheitsprojekt soll Autofahrer zu einem langsameren und verantwortungsbewussteren Verhalten gegenüber Kindern veranlassen.

Sicherheit für unsere Kinder im Straßenverkehr

Mit der optischen und akustischen Wirkung der „sprechenden Hinweisschilder“ und der neuen Bremspunkte (Anlage) werden die Autofahrer aufgefordert, mehr Rücksicht auf die schwächsten Verkehrsteilnehmer – die Kinder – zu nehmen.

Das auf den **Hinweisschildern** abgebildete Kinderpärchen steht stellvertretend für alle Kinder und kommuniziert über Sprechblasen und Handzeichen mit den Autofahrern, um diese freundlich, aber auch pfiifig-frech zu mehr Rücksicht und Verantwortungsbewusstsein aufzufordern. Der große dreidimensionale und in den Ampelfarben gelb-rot gestaltete **Bremspunkt** mit seinen auf der linken Seite spitz nach oben zulaufenden und auf der rechten Seite wellenförmig abfallenden



Elementen assoziiert – Vorsicht, spitze Gegenstände und Wasser (Aquaplaning). Beim Überfahren des Bremspunkts entstehen laute Geräusche wie auf einer Schotterstraße und assoziieren beim Fahrer zu schnelles Fahren.

Geräusche – optisch wahrgenommen

Beim Überfahren der Bremspunkte wird eine reale Lautstärke erreicht und der Autofahrer nimmt Geräusche optisch über die Farben gelb-rot und die „sprechenden Hinweisschilder“ wahr – ein **optimaler Synergie-Effekt**.

Das Zusammenspiel von Bildern und Geräuschen beeinflusst die optische Wahrnehmung. Dies ist ein wichtiger Baustein dieser Sicherheits-Kampagne. Auch Untersuchungen der TU München haben gezeigt, dass optische Wahrnehmung die akustische beeinflusst. So wurden in einem Versuch Personen Geräusche eines ICE dargeboten und gleichzeitig Bilder verschieden eingefärbter ICE gezeigt. Trotz physikalisch gleicher Akustik (gleicher Schallpegel) wird ein roter ICE lauter wahrgenommen als ein hellgrüner ICE.

Kommunale Verantwortungsbereitschaft nutzen

Landräte für eine Arbeitsmarktpolitik aus einem Guss

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Dezember 2007 haben sich in die Diskussion über die zukünftige Organisation von Hartz IV für eine Arbeitsmarktpolitik aus einem Guss und damit für die Möglichkeit ausgesprochen, Langzeitarbeitslose in eigener und alleiniger Verantwortung ohne die Bundesagentur für Arbeit zu betreuen.

Sieben gute Gründe für eine kommunale Gesamtträgerschaft im SGB II auf Antrag

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit der Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) aus Arbeitagenturen und Landkreisen/kreisfreien Städten vom Dezember 2007 sprechen sich die unterzeichnenden Landräte der in ARGEn engagierten Landkreise dafür aus, den Landkreisen und kreisfreien Städten die Möglichkeit zu geben, Hartz IV in eigener und alleiniger Verantwortung ohne die Bundesagentur für Arbeit wahrzunehmen. Bereits im April hatten sich bundesweit insgesamt 166 Landräte dafür ausgesprochen. Die Zusammenarbeit in den ARGEn ist trotz aller Anstrengungen der handelnden Akteure vor Ort von strukturellen Problemen begleitet, die in der Organisationsform begründet liegen. Durch das Konzept des Bundesarbeitsministers für ein „Kooperatives Jobcenter“ werden diese Probleme nicht nur beseitigt, sondern bestehende Probleme verfestigt und neue hinzugefügt. Stattdessen sollte eine kommunale Gesamtträgerschaft realisiert werden, jedenfalls aber die Option entfristet und für alle interessierten Kommunen geöffnet werden.

Die unterzeichnenden Landräte plädieren für eine Ausweitung der Option und somit die eigenverantwortliche Wahrnehmung der SGB II-Aufgaben auf Antrag vor Ort, weil ...

1. ... die vielfachen sozialen Kompetenzen der Landkreise/kreisfrei-

en Städte, die von entscheidender Bedeutung für die Integration von Langzeitarbeitslosen in Arbeit sind, mit der Arbeitsvermittlung und der Alimentierung gebündelt sowie aus einem Guss und aufeinander abgestimmt erbracht werden können.

2. ... es auf diese Weise möglich ist, die vielschichtigen sozialpolitischen Problemlagen langzeitarbeitsloser Menschen aufgrund der sozialen Kompetenz der Kommunen verstärkt anzugehen. Mit ca. 7 Mio. Hilfeempfängern handelt es sich bei Hartz IV um das sozialpolitische Instrument für erwerbsfähige Menschen im Alter zwischen 15 und 67 Jahren und deren Angehörige, das bestmöglich genutzt werden muss.

3. ... eine kommunale Trägerschaft eine ganzheitliche Hilfeleistung sicherstellt, die von einem Träger erbracht wird.

4. ... davon die Langzeitarbeitslosen profitieren, die fortan nur mit einer zuständigen Stelle zu tun haben.

5. ... die politische Verantwortung für die Ausführung von Hartz IV für den Bürger klar erkennbar ist, da die Zuständigkeiten nachvollziehbar und verständlich sind.

6. ... sich die kommunale Gesamtträgerschaft in den bisher 69 Optionskommunen bewährt hat. Dies belegt auch die wissenschaftliche Begleituntersuchung des Bundes, nach deren Zwischenergebnissen die Optionskommunen insbesondere in puncto Kundenzufriedenheit und Qualität der vermittelten Arbeitsplätze besser abschneiden.

7. ... das Konzept des „Kooperativen Jobcenters“ kein einziges Problem löst, sondern neue schafft. Es beschreibt nichts anderes als eine getrennte Aufga-

benwahrnehmung von Arbeitsagenturen und Landkreisen/kreisfreien Städten und macht die Leistungserbringung aus einer Hand zum unerreichbaren Ziel. Kommunale Gestaltungsspielräume bestehen kaum, Doppelstrukturen werden verfestigt, Verwaltungsabläufe verkomplizieren sich und der Bürger erhält fortan für eine Leistung zwei Bescheide aus zwei getrennten Verwaltungsverfahren. Daher muss auch im Interesse derjenigen Kommunen, die fortan eine gemeinsame Aufgabenerfüllung mit der Bundesagentur für Arbeit anstreben, unbedingt nachgebessert werden.

- Hubertus Backhaus (CDU),
LR des Kreises Höxter
Erhard Bräunig (SPD),
LR des Landkr. Nordwestmecklenburg
Paul Breuer (CDU),
LR des Kreises Siegen-Wittgenstein
Rolf Christiansen (SPD),
LR des Landkr. Ludwigslust
Herbert Eckstein (SPD), LR des Landkr. Roth
Johann Fleschhut (Freie Wähler),
LR des Landkr. Ostallgäu
Friedel Heuwinkel (CDU), LR des Kreises Lippe
Eberhard Irlinger (SPD),
LR des Landkr. Erlangen-Höchstadt
Dr. Benno Kaufhold (CDU),
LR des Ilm-Kreises
Hans Lange (CDU), LR des Landkr. Prignitz
Harald Leitherer (CSU),
LR des Landkr. Schweinfurt
Clemens Lindemann (SPD),
LR des Saarpfalz-Kreises
Albert Löhner (CSU),
LR des Landkr. Neumarkt i.d. OPf
Wolfgang Molkentin (CDU),
LR des Landkr. Nordvorpommern
Dr. Ansgar Müller (SPD), LR des Kreises Wesel
Klaus Pavel (CDU), LR des Ostalbkreises
Marion Philipp (SPD),
LR des Landkr. Saalfeld-Rudolstadt
Frank Roßner (SPD),
LR des Saale-Orla-Kreises
Claus Schick (SPD),
LR des Landkr. Mainz-Bingen
Walter Theuerkauf (SPD),
LR des Landkr. Aurich
Joachim Walter (CDU),
LR des Landkr. Tübingen
Simon Wittmann (CSU),
LR des Landkr. Neustadt a.d. Waldnaab
Theo Zellner (CSU), LR des Landkr. Cham
Christine Zitzmann (CDU),
LR des Landkr. Sonneberg

Kommunen dürfen sich nicht mit „Kooperativem Jobcenter“ ausbooten lassen

Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat seine Kritik gegenüber dem von Bundesarbeitsminister Scholz vorgeschlagenen „Kooperativen Jobcenter“ erneuert und davor gewarnt, die Organisation von Hartz IV wieder zwischen Bundesagentur für Arbeit und Landkreisen/kreisfreien Städten aufzuspalten. Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke warnte eindringlich vor einer Verschlimmderung der verfassungswidrigen Arbeitsgemeinschaften und wies auf eine DLT-Umfrage hin, nach der 166 von 238 Landräten von in Arbeitsgemeinschaften engagierten Landkreisen bei einer Wahlmöglichkeit Hartz IV alleinverantwortlich ohne die Bundesagentur ausführen würden. Insofern dürften sich die Kommunen nicht ausbooten lassen.

„Beim Konzept des Bundesarbeitsministers wird nicht nur Abschied genommen vom Prinzip der Leistungen aus einer Hand, sondern ein kommunaler Einfluss wird auch so gut wie nicht vorhanden sein. Insofern treten die Nachteile der getrennten Aufgabenwahr-

nehmung jedenfalls für die Kommunen deutlich zu Tage.“ Setze sich dieses Konzept durch, müsste das Hartz IV -Leistungspaket für alle Hartz IV -Empfänger von zwei Behörden mit allen Reibungsverlusten, Unwirtschaftlichkeiten und Doppelstrukturen angeboten werden, warnte Henneke. „Folge dessen wäre auch, dass die Leistungsempfänger künftig zwei getrennte Bescheide erhalten würden. Insofern bedeutet dieser Vorschlag für die Betroffenen eine deutliche Verschlechterung der Leistungserbringung.“

Henneke unterstrich stattdessen das Angebot der Landkreise, das Gesamtpaket von Hartz IV-Leistungen in eigene Verantwortung – jedenfalls auf Antrag – zu übernehmen. „Unsere Umfrage vom gestrigen Tage belegt eindrucksvoll, dass die Unterstützung für eine kommunale Gesamtträgerschaft bei den Landkreisen, die neben den kreisfreien Städten mit drei Vierteln die deutliche Mehrheit der kommunalen Aufgabenträger im SGB II darstellen, enorm ist. Vom Konzept des ‚Kooperativen Jobcenter‘ sollte Abstand genommen werden“, so Henneke abschließend.

Krankenhausbudgets müssen erweitert werden

Keine Änderung der Krankenhausfinanzierung zulasten des ländlichen Raums

Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat auf die **massiven Finanzprobleme der deutschen Krankenhäuser** hingewiesen. Zudem hat er die vorgelegten Pläne von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt kritisiert, die finanziellen Grundlagen für die Krankenhäuser neu zu regeln und dabei auch die Investitionsfinanzierung den Krankenkassen zu übertragen. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré, Südwestpfalz, forderte, die bisher gedeckelten Krankenhausetats zu öffnen: „Gerade nach dem Tarifabschluss für Ärzte an kommunalen Kliniken ist es unbedingt notwendig, den Krankenhäusern die Möglichkeit zu geben, sich entsprechend zu refinanzieren. Es sollte darüber nachgedacht werden, die Krankenhausbudgets an die wirtschaftliche Entwicklung zu koppeln. Ohne eine Neujustierung der Krankenhausfinanzierung droht eine Qualitätsverschlechterung bei der gesundheitlichen Versorgung.“

Der Verbandspräsident trat für eine **deutliche Erweiterung der Krankenhausbudgets** ein: „Gerade nach dem Tarifabschluss für Ärzte an kommunalen

Kliniken muss den Krankenhäusern Gelegenheit gegeben werden, ihre Budgets entsprechend anzupassen. Hinzu kommt die allgemeine Teuerung, die auch auf die Krankenhauskosten durchschlägt. Es ist erforderlich, die gedeckelten Budgets zu erweitern und an die wirtschaftliche Entwicklung zu koppeln. Denkbare Bezugsrahmen sind hier etwa das Bruttoinlandsprodukt oder die tarifliche Entwicklung“, so Duppré.

Er machte zudem deutlich, dass die Krankenhausfinanzierung neben der Gewährleistung von Spitzenmedizin in Ballungsräumen auch eine grundlegende **flächendeckende Versorgung sicherstellen** muss. „Gerade der ländliche Raum hat ein vitales Interesse daran, dass grundlegende Krankenhausleistungen auch weiterhin in der notwendigen Qualität und in erreichbarer Entfernung erhalten bleiben.“

Die Beurteilung und Entscheidung über notwendige Leistungen und die Frage der Erreichbarkeit müsse weiterhin bei der politisch verantwortlichen Landespolitik

bleiben und dürfe nicht den einer demokratischen Kontrolle durch die Bürger weitgehend entzogenen Krankenkassen oder dem Gesundheitsfonds übertragen werden. „Gerade nach dem neuen pauschalen Finanzierungssystem entstehen Krankenhauskosten für den laufenden Betrieb, insbesondere durch die Zahl der Patienten und deren Behandlungsbedarf, weniger durch die ohnehin bereits ausgedünnte Versorgungsstruktur“, erklärte Duppré. Hierfür spreche auch die Forderung der Notärzte, das Eintreffen des Notarztes bei Rettungseinsätzen zu beschleunigen.

Der **Infrastrukturauftrag im Grundgesetz** betreffe laut Duppré nicht zuletzt angesichts einer älter werdenden Bevölkerung gerade auch die Krankenhausversorgung. „Die Verantwortung hierfür können nur die ohnehin bereits für die Krankenhausplanung zuständigen Landesregierungen tragen. Insofern ist nicht nachvollziehbar, warum die steuerfinanzierten Investitionskosten einer Entscheidung durch die nicht für das Aufbringen der Mittel verantwortlichen Krankenkassen erfolgen soll“, so Duppré abschließend.

Landkreise besorgt über Altersarmut

Der Deutsche Landkreistag (DLT) sieht in Anbetracht der Debatte um die zunehmende Altersarmut mit Sorge, dass die Zahl der Menschen, die im Alter nicht ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreiten können, wahrscheinlich weiter steigen wird. Dazu Präsident Landrat Hans Jörg Duppré, Südwestpfalz: „Laut dem Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung wird die Zahl der von Altersarmut betroffenen Menschen weiter steigen. Wir müssen uns bewusst machen, dass es sich hierbei um ein beachtliches gesellschaftliches Problem handelt. Es ist Aufgabe der Rentenpolitik, die Menschen im Alter auskömmlich abzusichern, so dass sie nicht zu Sozialfällen werden.“

Duppré verwies auf die jüngste amtliche Statistik, nach der am 31.12.2006 rund 682.000 Personen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhielten, um ihr Existenzminimum zu sichern. Gegenüber

2005 erhöhte sich damit die **Zahl der Hilfebezieher** um rund 52.000 Personen oder 8,2 %. „Wir müssen unbedingt weiter daran arbeiten, Menschen beizeiten in die Lage zu versetzen, ihren Lebensabend über Rentenbezüge und private Altersvorsorge eigenverantwortlich zu bestreiten. Insbesondere müssen den Menschen stärkere finanzielle Anreize zur privaten Altersvorsorge gegeben werden.“ Die Landkreise als Verantwortliche für die Grundsicherung im Alter sorgten sich um die ständig steigenden Empfängerzahlen, so der Verbandspräsident.

Für die von Altersarmut betroffenen Menschen handele es sich oftmals um weit mehr als eine finanzielle Frage: „Wird der Einzelne zum Sozialfall, relativiert dies im Grunde seine gesamte Lebensleistung. Daher muss alles getan werden, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, auch im Alter abgesichert sind.“

Die Folge steigender Altersarmut mache sich in den Haushalten der

Landkreise in Form **steigender Ausgaben für die Grundsicherung** bemerkbar. „Die Kosten für die Landkreise haben sich seit Einführung der Grundsicherung im Jahre 2003 mehr als verdoppelt und betragen insgesamt bereits über 3 Mrd. Euro. Der Bund hingegen beabsichtigt, seine Kostenbeteiligung von derzeit 409 Mio. Euro einzufrieren. Dabei ist er es, der in erster Linie durch die Renten- und Arbeitsmarktpolitik für die finanziellen Rahmenbedingungen der Menschen im Alter sorgt.“

Stattdessen forderte Duppré, die **Kostenbeteiligung des Bundes** zu dynamisieren und damit an die reale Entwicklung anzupassen. „Die Bundesländer haben im Dezember 2007 der Absenkung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft im Rahmen von Hartz IV zugestimmt, weil der Bund zugesagt hatte, die Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung im Alter aufzustocken. Diese Zusage muss eingehalten werden“, so Duppré abschließend.

Vergaberecht: Wann ist ein Unternehmer öffentlicher Auftraggeber?

In seinem Urteil vom 10. April in der **Rechtssache Aigner (C-393/06)** legt der Europäische Gerichtshof fest, dass ein Unternehmen als öffentlicher Auftraggeber zu behandeln ist, wenn es zu dem Zweck gegründet wurde, im Allgemeininteresse liegende Aufgaben nicht gewerblicher Art zu erfüllen, Rechtspersönlichkeit hat und überwiegend von einer staatlichen Stelle finanziert oder kontrolliert wird. Die allgemeine Vergaberichtlinie (2004/18/EG) ist dann für die Erteilung aller, die Sektorenrichtlinie (2004/17/EG) hingegen für die Vergabe bestimmter in dieser Richtlinie aufgeführter Aufträge anwendbar. Dies gilt selbst dann, wenn das Unternehmen auf dem betreffenden Gebiet in Konkurrenz zu anderen Firmen steht.

Ausgangsverfahren

1969 gründete die Stadt Wien eine Gesellschaft namens „Fernwärme Wien“ mit dem Zweck, bestimmte Gebäude mit Fernwärme zu versorgen. Hiervon unabhängig betreibt die Gesellschaft in Konkurrenz zu anderen Firmen die Generalplanung von Kälteanlagen. In diesem Zusammenhang schrieb die „Fernwärme Wien“ im März 2006 einen Auftrag zur Errichtung einer Kälteanlage aus. In der Ausschreibung wurde das österreichische Vergaberecht ausdrücklich für unanwendbar erklärt. Hiergegen klagte eine nicht berücksichtigte Unternehmerin, deren Angebot aufgrund von Negativreferenzen nicht weiter verhandelt wurde. Das Gericht setzte das Verfahren aus und legte dem EuGH drei Vorabentscheidungsfragen vor.

Anwendungsbereich der Sektorenrichtlinie

Als Antwort auf die erste Frage stellte der EuGH klar, dass die **Sektorenrichtlinie** sowohl für öffentliche Auftraggeber, als auch für öffentliche Unternehmen oder Unternehmen, die auf der Grundlage von besonderen oder ausschließlichen Rechten handeln, anwendbar ist. Ferner betrifft die Sektorenrichtlinie nur Aufträge im Zusammenhang mit und zum Zweck der Durchführung von Tätigkeiten in den in der Richtlinie **genannte Sektoren (Gas, Wärme und Elektrizität)**.

Einrichtung des öffentlichen Rechts

Im Rahmen der zweiten Vorlagefrage kam der Gerichtshof zu dem Ergebnis, dass eine Einrichtung wie „Fernwärme

Wien“ als Einrichtung des öffentlichen Rechts im Sinne beider Richtlinien zu qualifizieren ist. Die Einrichtung erfüllt die oben genannten **drei Tatbestandsmerkmale**: Zum einen steht die „Fernwärme Wien“ im Eigentum der Stadt Wien und kann von ihr wirtschaftlich und finanziell überprüft werden. Zum anderen hat sie eigene Rechtspersönlichkeit. In Erfüllung der dritten Voraussetzung wurde sie zur Sicherung der Beheizung eines städtischen Ballungsgebiets mittels eines umweltfreundlichen Verfahrens gegründet. Dieses Ziel liegt im Allgemeininteresse. Da die „Fernwärme Wien“ auf diesem Sektor quasi ein Monopol hat, kann sie als einziges Unternehmen eine derartige im Allgemeininteresse liegende Aufga-

be erfüllen. Folglich könnte sie sich bei der Vergabe ihrer Aufträge von anderen als wirtschaftlichen Erwägungen leiten lassen. Dabei ist der Anteil der Gewinnerzielungsabsicht genauso unerheblich, wie der Umstand, ob die betreffende Einrichtung daneben nicht im Allgemeininteresse liegende Tätigkeiten ausübt.

Einordnung von sonstigen Tätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers

Aufgrund der dritten Vorlagefrage entscheidet der Gerichtshof, dass nur Aufträge, die von einer Einrichtung des öffentlichen Rechts in mindestens einem in der **Sektorenrichtlinie** genannten Bereich vergeben werden, dem Verfahren dieser Richtlinie unterliegen. Alle übrigen

Aufträge unterliegen den Verfahren der **allgemeinen Richtlinie**. Der EuGH stellt klar, dass sich hieran auch nichts dadurch ändert, dass die Einrichtung eine klare Trennung zwischen den Tätigkeiten vornimmt. Eine solche Trennung ist bei einer juristischen Person, die eine einheitliche Vermögens- und Eigentumsordnung hat und deren Leitungs- und Verwaltungsentscheidungen einheitlich getroffen werden, grundsätzlich anzuzweifeln. Folglich sind aus Gründen der Rechtssicherheit, der Transparenz und der Vorhersehbarkeit die Vergaberichtlinien anwendbar.

Das Urteil ist unter Eingabe des Aktenzeichens C-393/06 unter <http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de> abrufbar.

Hochschulkolleg E-Government: Konferenz zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie

Im April fand an der Fachhochschule Ludwigsburg, der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Baden-Württemberg, eine internationale besetzte Konferenz unter dem Titel „One Stop Europe 08“ statt. Fast 100 Fachleute aus der Verwaltungspraxis und -forschung verschafften sich einen europaweiten Überblick über den aktuellen Umsetzungsstand der EU-Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG. Danach ist die öffentliche Verwaltung in Deutschland diesbezüglich weder aktiver Vorreiter noch abgeschlagener Spätzünder, sondern teilt das Schicksal mit Betroffenen aus anderen Staaten: gegenwärtig werden noch die Chancen und Risiken ausgelotet, die die „größte Verwaltungsreform seit der Ära Stein und Hardenberg“ birgt.

Mit diesem Vergleich verdeutlichte Dr. Harald Steindl von der Wirtschaftskammer Österreich den dortigen Stand der Dinge, der von einer Implementierung innerhalb der nationalen Verwaltungssysteme ausgeht. So bewirke die elektronisch gestützte Abwicklung von Genehmigungs- und Anmeldeverfahren von Dienstleistungserbringern, wie sie in der Richtlinie vorgesehen ist, nicht nur einen Innovationsschub im „E-

Government“-Bereich. Die notwendige Veränderung an den zu Grunde liegenden Verwaltungsprozessen habe zudem unmittelbaren Einfluss auf die jeweilig vorherrschende Verwaltungskultur.

Dienstleistungsrichtlinie – Auswirkungen auf die „harte“ IT-Infrastruktur und die „weiche“ Verwaltungskultur

Ein sich durch die Richtlinie wandelndes Verwaltungsselbstverständnis erkannte auch Hauptgeschäftsführer Prof. Eberhard Trumpp in seinem Statement für den Landkreistag Baden-Württemberg. So sieht er durch die nun anstehende Einrichtung von „One Stop Shops“ auf Basis der bereits vielerorts üblichen Bürgerbüros und des damit in Verbindung stehenden „No wrong door“-Ansatzes eine deutliche Abkehr vom bisherigen Prinzip, nach dem sich der Dienstleistungserbringer einzig und allein an die jeweils rechtlich zuständige Behörde wenden kann.

„Einheitlicher Ansprechpartner“ als Verfahrensmanager

Der Diskussionsverlauf während der Konferenz ließ erkennen, dass die Frage über den „Einheitlichen Ansprechpartner“ in föderal strukturierten Staaten

wie Deutschland mit einem stark ausgeprägten Kommunal- und Kammersystem deutlich mehr Brisanz birgt, als in den zentralisierteren Nachbarländern. Die Rolle des „Einheitlichen Ansprechpartners“ verglich Prof. Dr. Klaus Lenk von der Universität Oldenburg mit der eines Verfahrensmanagers in der Privatwirtschaft, der wegen seiner Koordinierungsfunktion mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet sein muss. Gerade in dieser Koordinierungsnotwendigkeit sieht er die Chance, durch die Überwindung des „Silodenkens“ zu einer „vernetzten Verwaltung“ im Sinne von tatsächlichen „shared services“ („geteilte Dienste“) zu gelangen.

Europaweite Gesamtschau zum Umsetzungsstand - Deutschland liegt im Mittelfeld

Bei der europaweiten Gesamtschau zum Umsetzungsstand der Richtlinie kamen Vertreter aus Belgien, Bulgarien, den Niederlanden, Schweden, Polen, Ungarn sowie Russland zu Wort. In allen Ländern teilt sich der Umsetzungsprozess in drei Aufgabenfelder:

- die Beseitigung von mit dem Dienstleistungsmarkt unvereinbaren Regelungen durch das „**Normen-Screening**“,

- eine richtlinienkonforme **Anpassung** der bisherigen Aufbau- und Ablauforganisation in den Verwaltungen bezüglich der Genehmigungsverfahren
- sowie die Schaffung von grenzüberschreitenden Kooperationsstrukturen für das „**Binnenmarktinformationssystem**“ zum Datenaustausch mit den Mitgliedstaaten.

So berichtete Dr. Jan Brinks von der Thorbecke-Akademie Leeuwarden, dass die Überprüfung von Normen, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis in den Niederlanden verhältnismäßig gut funktioniere, da auf die koordinierende Hilfestellung der Spitzenvereinigungen von Provinzen, Kommunen und Verbänden zurückgegriffen werden könne, die untereinander bereits sehr gut vernetzt seien. Um Kommunen für die Umsetzungserfordernisse zu sensibilisieren, würden gegenwärtig landesweit Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Eine positive Prognose bezüglich der Umstellung auf IT-unterstützte Genehmi-

gungsverfahren wagte Dr. Regis Cabral von der Universität Umea im Falle Schwedens. So erläuterte er, dass auf Grund der relativ niedrigen Bevölkerungsdichte und der dadurch bedingten Raumdistanzen vor Ort bereits eine vergleichsweise fortschrittliche IT-Infrastruktur bestünde, auf der aufgebaut werden könne. Von Bedeutung in der innerstaatlichen Debatte seien zudem Fragen rund um den elektronischen Identitätsnachweis bzw. die digitale Signatur. So zeige sich, dass sowohl in Schweden als auch in den Niederlanden vor allem im dritten Aufgabenfeld rund um das „Binnenmarktinformationssystem“ noch Diskussionsbedarf bestehe, vor allem was die Echtheitsbewertung von elektronisch übermittelten Dokumenten betreffe.

Die Redebeiträge aus den östlichen Teilnehmerstaaten widmeten sich u.a. ebenfalls dieser Thematik. So wurde deutlich, dass auch dort die Notwendigkeit der grenzüberschreitenden Verwaltungsarbeit erkannt worden ist, konkrete Maßnahmen aber erst noch umgesetzt werden müssen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich alle Teilnehmerländer vor ähnliche Umsetzungsprobleme gestellt sehen, die jedoch in ihrer Reinausprägung auf Grund unterschiedlicher Verwaltungsstrukturen und -kulturen vor Ort differenziert betrachtet werden müssen. In der europäischen Gesamtschau überwiegt der Eindruck, dass Deutschland sich im Mittelfeld bezüglich des Umsetzungsfortschritts befindet und der Fristablauf zur Umsetzung der Richtlinien am 28. Dezember 2009 nicht aus den Augen gelassen werden darf. Nicht ohne Grund wurde daher im Verlauf der Konferenz auch darauf hingewiesen, dass bei Nichtumsetzung ein entsprechendes Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 226 EG-Vertrag drohe. Mag dies vordergründig auch nur mittelbare Folgen für die kommunale Ebene haben, so verhält es sich mit der in der Richtlinie enthaltenen Genehmigungsfiktion völlig anders: Nach Fristablauf kann der Dienstleistungserbringer aus dem In- und Ausland auch ohne die Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen tätig werden.

Die EU ist fit für die Globalisierung

Zu diesem Schluss gelangt eine im Auftrag der EU-Kommission erstellte Studie, die im April in Brüssel vorgestellt wurde. Zwar stelle die **Globalisierung** Herausforderungen an die Politik, da es Gewinner und Verlierer gebe. Durch angemessene Reaktionen vor allem im Bildungsbereich, der Einwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie dem Sozialsystem biete die Globalisierung jedoch die Chance auf zusätzliches Wachstum. Der Studie zufolge sind die meisten Ängste vor der Globalisierung unbegründet, da sie kein Nullsummenspiel sei, sondern vielmehr jeder von ihr profitieren könne. So widerlegt die Studie auch die Annahme, das europäische Sozialsystem lasse sich nicht mit den wirtschaftlichen Zwängen der Globalisierung vereinbaren. Die Sozialausgaben etwa seien mit ca. 27 % des Bruttoinlandsprodukts seit Anfang der neunziger Jahre in

der EU nahezu konstant geblieben. Die komplette (englischsprachige) Studie ist im Internet unter http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/docs/social_situation/simglobe_fin_rep_en.pdf.

Ratifizierungszug zum EU-Reformvertrag rollt weiter

Im April haben mehrere Mitgliedstaaten der EU den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Einen Überblick über die Zustimmung zum Reformvertrag gibt der Ratifizierungsstandanzeiger im Internet unter http://europa.eu/lisbon_treaty/countries/index_de.htm.

Jahresversammlung

**der Bayerische Landkreistag 2008 findet am
10. und 11. Juni
in Reit im Winkl, Landkreis Traunstein, statt.**

Wichtigster Tagesordnungspunkt ist die Wahl der Verbandsspitze. Am 10. Juni werden der Präsident und der 1., 2. und 3. Vizepräsident gewählt. Darüber hinaus werden die Landräte verabschiedet, die am 30. April aus ihrem Amt geschieden sind.

Grenzüberschreitender Busverkehr

Nach mehr als zwei Jahren intensiver gemeinsamer Bemühungen kann das Projekt „Grenzüberschreitender Busverkehr“ zwischen dem Landkreis Cham und der Region Pilsen in Betrieb genommen werden.

Ende Mai 2008 wird die erste deutsch-tschechische Buslinie Hamry-Arnbruck am Grenzübergang Rittsteig-Svata Kateřina durch den Chamer Landrat Theodor Zellner, Vertretern des Bezirks Pilsen

und der Tschechischen Republik in Anwesenheit der Bayerischen Staatsministerin für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Emilia Müller in Betrieb genommen.

Der Freizeitwanderbus der Projektpartner Landkreis Cham, Region Pilsen, Sumava Bus s.r.o. und RBO verbindet künftig von Mai bis Oktober jeweils von Montag bis einschließlich Samstag die Region Pilsen mit dem Landkreis Cham. Mit dieser

ersten gemeinsamen deutsch-tschechischen Buslinie, die im Rendezvous-Verkehr sowohl von der Sumava Bus s.r.o. als auch der RBO mit jeweils einem Fahrtenpaar am Vor- und Nachmittag betrieben wird, werden nicht nur die bayerischen und tschechischen Busse und Bahnen während der Sommermonate vernetzt, sondern auch der touristisch bedeutende Bereich im Natur- und Nationalpark Oberer Bayerischer Wald, Bayerischer Wald und Sumava Nationalpark erschlossen.

„euregia 2008“: Europas größte Messe für Regionalentwicklung

Vom 27. bis 29. Oktober 2008 wird die internationale Messe zur Regional- und Strukturpolitik „euregia 2008“ im Congress Center Leipzig (CCL) ausgerichtet. Über drei Tage werden verschiedene thematische Veranstaltungen mit einer Dauerausstellung kombiniert. Besondere Schwerpunkte sind in diesem Jahr die „Stärkung der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit“, die „Erhöhung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Stadt-Land-Regionen“ sowie „Neue Finanzierungsformen in der Stadt- und Regionalentwicklung“. Außerdem wird auf der „euregia 2008“ der offizielle Startschuss für die deutschen INTERREG IV B-Programme im Rahmen der EU-

Förderung der so genannten „Territorialen Zusammenarbeit“ gegeben.

Am 27. Oktober wird Bundesminister Wolfgang Tiefensee mit europäischen Amtskollegen zunächst den Teilkongress „Wirtschaft und Raum“ eröffnen. Dabei sollen insbesondere die Möglichkeiten einer besseren Verzahnung der Aktivitäten von Unternehmen und gesellschaftlichen Akteuren vor Ort untersucht werden. Ziel ist die Förderung einer nachhaltigen Wachstumspolitik in den europäischen Regionen. Durch die Verabschiedung einer europäischen Charta wollen die Minister auf Verbesserungsmöglichkeiten bei bestehenden Kooperationsformen sowie neue Modelle der Zusammenarbeit aufmerksam machen.

Für Kommunen bietet die „euregia 2008“ mehrere Vorteile: Neben der Information über Regionalentwicklungskonzepte bei Praktikern aus ganz Europa können auch direkte Kontakte zu den Projektträgern geknüpft werden. Ferner besteht die Möglichkeit, für die eigene Kommune bzw. Region mit einem Messestand beim Fachpublikum zu werben. Alle Informationen rund um die „euregia 2008“ in Leipzig finden sich im Internet unter <http://www.euregia-leipzig.de>. Die Projektdirektorin Ulrike Lange ist wie folgt zu erreichen:

Ulrike Lange
Telefon: 0341 678-8263
Fax: 0341 678-8064
E-Mail: u.lange@leipziger-messe.de.

Neuer Lehrgang zum „Geprüften Natur- und Landschaftspfleger“

Das Fortbildungszentrum für Landwirtschaft und Hauswirtschaft Almesbach wird den Lehrgang „Geprüfter Natur- und Landschaftspfleger“ mit anschließender Fortbildungsprüfung für ganz Bayern durchführen.

Diese Fortbildungsprüfung stellt eine Zusatzqualifikation für die „grünen Berufe“ wie Landwirte, Gärtner, Winzer, Forstwirte, Revierjäger, Fischwirte, Tierwirte, sowie Wasserbauer dar. Vor-

aussetzung für die Teilnahme ist eine abgeschlossene Berufsausbildung und Berufspraxis von mindestens drei Jahren oder ein Nachweis von Kenntnissen und Fertigkeiten, die eine Zulassung zur Prüfung rechtfertigen. Mit dieser Zusatzqualifikation können sich neue Berufs- und Erwerbchancen eröffnen, denn geprüfte Natur- und Landschaftspfleger sind qualifiziert, Arbeiten im Naturschutz und in der Landschaftspflege, in der Schutzgebietsbetreuung

und Umweltbildung auf hohem Niveau sach- und fachgerecht durchzuführen. Das Angebot richtet sich deshalb auch an Mitarbeiter von Bauhöfen, die sich eine Zusatzqualifikation aneignen wollen.

Von den geprüften Natur- und Landschaftspflegern werden u.a. folgende Arbeiten erwartet: Mithilfe bei der Pflege und Entwicklung ökologisch wertvoller Flächen; Mahd, Entbuschungs-, Schnitt- und

Pflanzmaßnahmen, sowie Entfernen und Verwerten des Grüngutes; Mithilfe bei der Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft und von Flächen, die zukünftig extensiv bewirtschaftet werden; Mitarbeit bei der Kartierung von Landschaften; Informationstätigkeit und Besucherbetreuung; Beratung über Förderungsprogramme im Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie der extensiven Landbewirtschaftung; Mithilfe bei der Vertrags- und Vollzugskontrolle der Förderungsprogramme; Mitarbeit bei Planung, Durchführung und Abrechnung landschaftspflegerischer Leistungen; Übernahme landschaftspflegerischer Beratungs-, Kontroll- und Einsatzplanungsaufgaben. Um diese Tätigkeiten sach- und fachgerecht durchzuführen, werden die Teilneh-

mer des Lehrganges in 17 Lehrgangswochen (einschließlich Prüfungen) intensiv vorbereitet. Die Ausbildung umfasst insbesondere Kenntnisse der Grundlagen von Naturschutz und Landschaftspflege, die Fähigkeit zur Informationstätigkeit und Besucherbetreuung sowie zur Durchführung von Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Träger dieser Fortbildungsmaßnahme ist das Fortbildungszentrum für Landwirtschaft und Hauswirtschaft Almesbach, das die Lehrgänge und Prüfungen in enger Zusammenarbeit mit der Bayer. Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL) Laufen, sowie der Landesanstalt für Landwirtschaft Freising, durchführt.

Die Ausbildungsgebühren betragen 750 € zuzüglich der anfallenden Kosten für An- und Abfahrten, Übernachtungen und Verpflegung; die Prüfungsgebühren belaufen sich auf weitere 180 €. Aus organisatorischen, fachlichen und räumlichen Gründen ist die Teilnehmerzahl auf 20 begrenzt.

Anmeldung ist bis zum 30. Juni 2008 möglich beim Fortbildungszentrum Almesbach, Baumannplatz 1, 92637 Weiden i.d. OPf. Tel.: 0961/39020-54, Ansprechpartnerin: Theresia Addokwei, Fax: 0961/39020-55 oder per email an lvfz-almesbach@ifl.bayern.de. Information im Internet: www.stmlf.bayern.de/berufsbildung/fortbildung/15461/

Die Landräte in Bayern ab 1. Mai 2008



Erwin Schneider wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU mit 63,3 % bestätigt. Erwin Schneider ist seit 2000 Landrat des Landkreises Altötting.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 28, SPD 15, GRÜNE 4, Freie Wähler 9, FDP 2, REP 1, ödp 1)



Hansjörg Christmann wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU mit 53,1 % bestätigt. Hansjörg Christmann ist seit 1977 Landrat des Landkreises Dachau.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 28, SPD 10, GRÜNE 6, Freie Wähler/Überparteiliche Bürgergemeinschaft 11, ödp3, FDP 2)



Gottlieb Fauth wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU mit 52,8 % bestätigt. Gottlieb Fauth ist seit 2002 Landrat des Landkreises Ebersberg.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 28, SPD 12, GRÜNE 9, Freie Wähler 7, FDP 3, ödp 1)



Josef Niedermaier wurde als Kandidat der Freien Wähler in der Stichwahl mit 51,3 % zum Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen gewählt.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 24, SPD 8, GRÜNE 7, Freie Wähler 14, ödp 2, BP 1, FDP 2, Freie unabhängige Wählergemeinschaft e.V. 2)



Anton Knapp wurde als Kandidat der CSU mit 63,9 % zum Landrat des Landkreises Eichstätt gewählt.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 31, SPD 11, GRÜNE 3, Freie Wähler 12, ödp 2, FDP 1)



Georg Grabner wurde als Kandidat der CSU mit 65,5 % als Landrat wiedergewählt. Georg Grabner ist seit 2002 Landrat des Landkreises Berchtesgadener Land.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 28, SPD 9, GRÜNE 7, Freie Wählergemeinschaft 13, FDP 1, REP 1, ödp 1)



Martin Bayerstorfer wurde als Kandidat der CSU mit 62,0 % als Landrat wiedergewählt. Martin Bayerstorfer ist seit 2002 Landrat des Landkreises Erding.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 29, SPD 9, GRÜNE 5, Freie Wähler 9, ödp 3, REP 3, FDP 2)



Michael Schwaiger wurde als Kandidat der Freien Wähler e.V. in der Stichwahl mit 58,5 % zum Landrat des Landkreises Freising gewählt. Kreistagssitze: 70 (CSU 24, SPD 9, GRÜNE 12, Freie Wähler e.V. 17, ödp 3, FDP 3, DIE LINKE 2)



Thomas Karmasin wurde als Kandidat der CSU mit 52,6 % als Landrat wiedergewählt. Thomas Karmasin ist seit 1996 Landrat des Landkreises Fürstenfeldbruck. Kreistagssitze: 70 (CSU 31, SPD 14, GRÜNE 10, FW-Freie unabhängige Wählergemeinschaft e.V. 7, FDP 4, Unabhängige Bürgervereinigungen 3, ödp/Parteifreie Bürger 1)



Harald Kühn wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU mit 71,3 % bestätigt. Harald Kühn ist seit 2002 Landrat des Landkreises Garmisch-Partenkirchen. Kreistagssitze: 60 (CSU 25, SPD 6, GRÜNE 3, Freie Wähler der Landkreismunicipalitäten 10, Freie Wählergemeinschaft GAP/Oberes Loisachtal 3, ödp 4, FDP 1, BP 1, Christlich Soziales Bündnis-Bürger für GAP 7)



Walter Eichner wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU mit 65,8 % bestätigt. Walter Eichner ist seit 2002 Landrat des Landkreises Landsberg am Lech. Kreistagssitze: 60 (CSU 27, SPD 8, GRÜNE/Alternative Liste 8, Freie Wähler 6, Unabhängige Bürgervereinigung 4, BP 3, ödp 2, FDP 2)



Dr. Jakob Kreidl wurde als Kandidat der CSU mit 64,6 % zum Landrat des Landkreises Miesbach gewählt. Kreistagssitze: 60 (CSU 28, SPD 9, GRÜNE 6, Freie Wählergemeinschaft 15, FDP 2)



Georg Huber wurde als Kandidat der CSU mit 56,8 % als Landrat wiedergewählt. Georg Huber ist seit 2002 Landrat des Landkreises Mühldorf am Inn. Kreistagssitze: 60 (CSU 29, SPD 9, GRÜNE 4, Unabhängige Wählergemeinschaft 9, Wählergemeinschaft Landkreis Mühldorf-West 5, FDP 2, ödp 2)



Johanna Rumschöttel wurde als Kandidatin der SPD in der Stichwahl mit 54,1 % zur Landrätin des Landkreises München gewählt. Kreistagssitze: 70 (CSU 28, SPD 18, GRÜNE 10, Freie Wähler 8, FDP 5, ödp 1)



Roland Weigert wurde als Kandidat der Freien Wähler in der Stichwahl mit 65,1 % zum Landrat des Landkreises Neuburg-Schrobenhausen gewählt. Kreistagssitze: 60 (CSU 27, SPD 10, GRÜNE 2, Freie Wähler 18, Die Unabhängigen Schrobenhausener 1, FDP 2)



Josef Schäch wurde als Kandidat der Freien Wähler e.V. in der Stichwahl mit 52,7 % zum Landrat des Landkreises Pfaffenhofen a.d. Ilm gewählt. Kreistagssitze: 60 (CSU 25, SPD 9, GRÜNE 4, Freie Wähler e.V. 13, FDP 3, ödp 2, Aktive unabhängige Liste 4)



Josef Neiderhell wurde als Kandidat der CSU mit 56,6 % zum Landrat des Landkreises Rosenheim gewählt. Kreistagssitze: 70 (CSU 34, SPD 10, GRÜNE 8, Freie Wähler/Überparteiliche Wählergemeinschaften 9, ödp/Parteifreie Umweltschützer 3, REP 2, FDP 2, BP 2)



Karl Roth wurde als Kandidat der CSU in der Stichwahl mit 58,0 % zum Landrat des Landkreises Starnberg gewählt. Kreistagssitze: 60 (CSU 23, SPD 9, GRÜNE 10, FW-Freie Wähler 9, ödp/Parteifreie 2, FDP 7)



Hermann Steinmaßl wurde als Kandidat der CSU mit 55,9 % im Amt des Landrats bestätigt. Hermann Steinmaßl ist seit 2002 Landrat des Landkreises Traunstein. Kreistagssitze: 70 (CSU 31, SPD 12, GRÜNE 9, Freie Wähler/Unabhängige Wähler 10, BP 3, ödp 3, REP 1, FDP 1)



Dr. Friedrich Zeller wurde als Kandidat der SPD in der Stichwahl mit 53,7 % zum Landrat des Landkreises Weilheim-Schongau gewählt. Kreistagssitze: 60 (CSU 25, SPD 13, GRÜNE 6, Unabhängige/ödp 4, FDP 2, REP 1, Bürger für den Landkreis 9)



Christian Bernreiter wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU/Junge Liste mit 69,6 % bestätigt. Christian Bernreiter ist seit 2002 Landrat des Landkreises Deggendorf. Kreistagssitze: 60 (CSU 26, SPD 11, GRÜNE 3, Freie Wähler im Landkreis 11, Junge Liste im Landkreis 4, REP 2, FDP 1, ödp 2)



Heinrich Trapp wurde als Kandidat der SPD mit 70,3 % als Landrat wiedergewählt. Heinrich Trapp ist seit 1997 Landrat des Landkreises Dingolfing-Landau. Kreistagssitze: 60 (CSU 24, SPD 13, Freie Wähler 10, ödp/Aktive Bürger 6, Liste „Junge Bürger“ 4, REP 2, FDP 1)



Ludwig Lankl wurde als Kandidat der CSU/Junge Wähler Union in der Stichwahl mit 59,4 % zum Landrat des Landkreises Freyung-Grafenau gewählt. Kreistagssitze: 60 (CSU 21, SPD 9, GRÜNE 2, Christliche Wählergemeinschaft/Freie Wähler 9, Freie Wähler-Grafenauer Land 6, BP 3, Junge Wähler Union 5, ödp/Familienbündnis 2, REP 1, FDP 2)



Dr. Hubert Faltermeier, parteifrei, ist seit 1992 Landrat des Landkreises Kelheim. Kreistagssitze: 60 (CSU 21, SPD 11, GRÜNE 4, Freie Wähler 10, Stadt-Land-Union 5, ödp 3, FDP 3, Junge Liste 3)



Josef Eppeneder wurde als Kandidat der CSU mit 51,0 % als Landrat wiedergewählt. Josef Eppeneder ist seit 2002 Landrat des Landkreises Landshut. Kreistagssitze: 60 (CSU 25, SPD 8, GRÜNE 4, Freie Wähler 15, ödp 3, Kommunalwahlgemeinschaft „Junge Liste“ 3, FDP 2)



Franz Meyer wurde als Kandidat der CSU/Bürgerunion mit 66,7 % zum Landrat des Landkreises Passau gewählt. Kreistagssitze: 70 (CSU 31, SPD 12, GRÜNE 4, Freie Wählergemeinschaft 7, Überparteiliche Wählergemeinschaft 6, Bürgerunion BU 4, ödp/Parteilose Umweltschützer 4, REP 1, FDP 1)



Heinz Wöfl wurde als Kandidat der CSU mit 85,2 % als Landrat wiedergewählt. Heinz Wöfl ist seit 1994 Landrat des Landkreises Regen. Kreistagssitze: 60 (CSU 25, SPD 14, GRÜNE 3, Die Unabhängigen 6, Gemeinschaft Freie Wähler 7, ödp 4, FDP 1)



Brunni Mayer, Unabhängige Wählergemeinschaft e.V., ist seit 1987 Landrätin des Landkreises Rottal-Inn. Kreistagssitze: 60 (CSU 27, SPD 8, GRÜNE 3, Unabhängige Wähler e.V. 7, Freie Wähler e.V. 7, ödp/Parteilose Bürger 6, FDP 2)



Alfred Reisinger wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU mit 72,7 % bestätigt. Alfred Reisinger ist seit 2002 Landrat des Landkreises Straubing-Bogen. Kreistagssitze: 60 (CSU 32, SPD 7, GRÜNE 1, Freie Wähler 11, ödp/Parteilose Umweltschützer/-innen 5, FDP/Freie Wählergruppe 3, REP 1)



Richard Reisinger wurde als Kandidat der CSU in der Stichwahl mit 64,6 % zum Landrat des Landkreises Amberg-Weizsach gewählt. Kreistagssitze: 60 (CSU 26, SPD 15, GRÜNE 3, Freie Wähler 10, FDP/Freie Wählerschaft 3, ödp 3)



Theo Zellner wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU mit 81,3 % bestätigt. Theo Zellner ist seit 1996 Landrat des Landkreises Cham. Kreistagssitze: 60 (CSU 23, SPD 6, GRÜNE 2, Gemeinsame Liste des ehemaligen Landkreises Waldmünchen 7, Hohenbogenliste 5, Freie Wähler von Stadt und Land 7, Freie Christliche Wählergemeinschaft-Sammlung der Mitte 5, Grenzfahne 3, ödp 1, REP 1)



Albert Löhner wurde als Kandidat der CSU mit 71,6 % als Landrat wiedergewählt. Albert Löhner ist seit 1996 Landrat des Landkreises Neumarkt i.d. OPf.

Kreistagssitze: 60 (CSU 28, SPD 9, GRÜNE 4, Freie Wähler/UPW 17, FDP 2)



Simon Wittmann wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU mit 61,7 % bestätigt. Simon Wittmann ist seit 1996 Landrat des Landkreises Neustadt a.d. Waldnaab.

Kreistagssitze: 60 (CSU 28, SPD 17, GRÜNE 2, Freie Wähler 7, FDP/Unabhängige Wähler 3, ödp 3)



Herbert Mirbeth wurde als Kandidat der CSU mit 50,7 % als Landrat wiedergewählt. Herbert Mirbeth ist seit 2002 Landrat des Landkreises Regensburg.

Kreistagssitze: 70 (CSU 32, SPD 13, GRÜNE 4, Freie Wähler 12, ödp/Parteifreie Umweltschützer 4, REP 2, FDP 3)



Volker Liedtke wurde im Amt des Landrats als Kandidat der SPD mit 51,4 % bestätigt. Volker Liedtke ist seit 1996 Landrat des Landkreises Schwandorf.

Kreistagssitze: 60 (CSU 26, SPD 18, GRÜNE 3, Freie Wählergemeinschaft des Landkreises SAD 7, Junge Wähler 3, ödp 2, FDP 1)



Wolfgang Lippert wurde als Kandidat der Freien Wähler in der Stichwahl mit 52,1 % zum Landrat des Landkreises Tirschenreuth gewählt.

Kreistagssitze: 60 (CSU 30, SPD 13, GRÜNE 3, Freie Wähler 13, FDP 1)



Dr. Günther Denzler wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU mit 53,5 % bestätigt. Dr. Günther Denzler ist seit 1996 Landrat des Landkreises Bamberg.

Kreistagssitze: 60 (CSU 27, SPD 11, GRÜNE/Alternative Liste 4, Bürgerblock 8, Überparteiliche Wählergemeinschaft 5, REP 2, FDP 2, ödp/Parteifreie 1)



Hermann Hübner wurde als Kandidat der CSU mit 58,9 % zum Landrat des Landkreises Bayreuth gewählt.

Kreistagssitze: 60 (CSU 22, SPD 12, GRÜNE/Unabhängige 4, Freie Wählergemeinschaft 11, Junge Liste 5, Wahlgemeinschaft 5, FDP 1)



Michael Busch wurde als Kandidat der SPD in der Stichwahl mit 52,5 % zum Landrat des Landkreises Coburg gewählt.

Kreistagssitze: 60 (CSU/Landvolk 24, SPD 20, GRÜNE 4, Freie Wähler 10, FDP 1, ödp 1)



Reinhardt Glauber wurde im Amt des Landrats als Kandidat der Freien Wähler mit 59,4 % bestätigt. Reinhardt Glauber ist seit 1996 Landrat des Landkreises Forchheim.

Kreistagssitze: 60 (CSU 22, SPD 10, GRÜNE 5, Freie Wähler 14, Junge Bürger 5, Wählerinitiative 2, REP 1, FDP 1)



Bernd Hering wurde als Kandidat der SPD mit 54,1 % als Landrat wiedergewählt. Bernd Hering ist seit 1996 Landrat des Landkreises Hof.

Kreistagssitze: 60 (CSU 27, SPD 19, GRÜNE 2, Freie Wähler 8, Aktive Landkreisbürger 3, FDP 1)



Oswald Marr, SPD, ist seit 1998 Landrat des Landkreises Kronach.

Kreistagssitze: 60 (CSU 26, SPD 19, GRÜNE 2, Freie Wähler 10, Frauenliste 3)



Klaus Peter Söllner wurde im Amt des Landrats als Kandidat der Freien Wähler/Wählergemeinschaft/CSU mit 80,2 % bestätigt. Klaus Peter Söllner ist seit 1996 Landrat des Landkreises Kulmbach.

Kreistagssitze: 60 (CSU 23, SPD 16, GRÜNE/Offene Liste 4, Freie Wähler 12, Wählergemeinschaft e.V. 3, FDP 2)



Reinhard Leutner, CSU, ist seit 1993 Landrat des Landkreises Lichtenfels.

Kreistagssitze: 50 (CSU 23, SPD 11, GRÜNE 3, Freie Wähler 8, Junge Bürger/Junge Wähler Union 4, Soziale Bürger 1)



Dr. Karl Döhler wurde als Kandidat der CSU mit 52,9 % zum Landrat des Landkreises Wunsiedel i. Fichtelgebirge gewählt.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 25, SPD 23, GRÜNE 2, Freie Wähler e.V. 10)



Rudolf Schwemmbauer wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU mit 59,3 % bestätigt. Rudolf Schwemmbauer ist seit 2002 Landrat des Landkreises Ansbach.
 Kreistagssitze: 70 (CSU 32, SPD 13, GRÜNE 7, Freie Wähler 11, ödp 4, FDP 3)



Eberhard Irlinger wurde im Amt des Landrats als Kandidat der SPD mit 56,1 % bestätigt. Eberhard Irlinger ist seit 2002 Landrat des Landkreises Erlangen-Höchstadt.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 22, SPD 17, GRÜNE 6, Freie Wähler e.V. 12, FDP 3)



Matthias Dießl wurde als Kandidat der CSU mit 50,3 % zum Landrat des Landkreises Fürth gewählt.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 26, SPD 19, GRÜNE 5, Freie Wähler im Landesverband 7, FDP/Freie Bürger 3)



Walter Schneider wurde im Amt des Landrats als Kandidat der Freien Wählergemeinschaft/Unabhängigen Wählergemeinschaft mit 59,0 % bestätigt. Walter Schneider ist seit 2002 Landrat des Landkreises Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 22, SPD 10, GRÜNE 5, Freie Wählergemeinschaft 14, Unabhängige Wählergemeinschaft 5, ödp 2, FDP 2)



Armin Kroder wurde als Kandidat der Freien Wähler e.V. in der Stichwahl mit 59,8 % zum Landrat des Landkreises Nürnberger Land gewählt.
 Kreistagssitze: 70 (CSU 26, SPD 19, GRÜNE 8, Freie Wähler e.V. 13, FDP 2, REP 2)



Herbert Eckstein, SPD, ist seit 1993 Landrat des Landkreises Roth.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 24, SPD 16, GRÜNE 4, Freie Wähler 12, FDP 3, Christliche Wählergemeinschaft e.V. 1)



Franz Xaver Uhl wurde als Kandidat der CSU mit 53,2 % zum Landrat des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen gewählt.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 28, SPD 15, GRÜNE 4, Freie Wähler 8, FDP 3, ödp 1, DIE LINKE 1)



Dr. Ulrich Reuter wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU mit 68,7 % bestätigt. Dr. Ulrich Reuter ist seit 2002 Landrat des Landkreises Aschaffenburg.
 Kreistagssitze: 70 (CSU 35, SPD 16, GRÜNE 6, Freie Wähler 8, FDP 3, REP 1, NEUE MITTE 1)



Thomas Bold wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU mit 53,4 % bestätigt. Thomas Bold ist seit 2002 Landrat des Landkreises Bad Kissingen.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 28, SPD 11, GRÜNE/Bürger für Umwelt 6, Freie Wähler Altlandkreis/Christlicher Bürgerblock aus Hammelburg 7, Parteilose Wählergruppe/Freie Wähler e.V. 4, FDP/Freie Bürger 2, ödp/Bündnis für Arbeit, Umwelt, Familie 2)



Rudolf Handwerker wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU mit 50,3 % bestätigt. Rudolf Handwerker ist seit 1990 Landrat des Landkreises Haßberge.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 21, SPD 13, GRÜNE 3, WG Hassberge-Freie Wähler 9, Junge Liste 6, FDP/Freie Bürger 4, ödp 2, Linkes Bündnis 2)



Tamara Bischof, Freie Wähler, ist seit 2000 Landrätin des Landkreises Kitzingen.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 21, SPD 9, GRÜNE 3, Freie Wähler 16, Freie Wähler/Freie Bürgerliche Wählergemeinschaft e.V. 4, Unabhängige soziale Wählergruppe 3, ödp 2, FDP 2)



Thomas Schiebel wurde als Kandidat der Freien Wähler e.V. in der Stichwahl mit 72,0 % zum Landrat des Landkreises Main-Spessart gewählt.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 22, SPD 11, GRÜNE 6, Freie Wähler e.V. 15, ödp 1, Freie Bürger 4, FDP 1)



Roland Schwing wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU mit 65,9 % bestätigt. Roland Schwing ist seit 1986 Landrat des Landkreises Miltenberg.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 27, SPD 12, GRÜNE 4, Freie Wähler 9, NEUE MITTE 3, FDP 3, ödp/Bürgerliste Untermain 2)



Thomas Habermann wurde als Kandidat der CSU mit 89,9 % als Landrat wiedergewählt. Thomas Habermann ist seit 2003 Landrat des Landkreises Rhön-Grabfeld.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 32, SPD 8, GRÜNE 4, Freie Wählergemeinschaft des Landkreises 12, Wählerinitiative des Alt-Landkreises Königshofen 2, FDP 2)



Harald Leitherer, CSU, ist seit 1994 Landrat des Landkreises Schweinfurt.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 31, SPD 10, GRÜNE/Aktive BürgerInnen/OL 4, Freie Wähler e.V. 8, REP 2, FDP/Freie Bürger 2, DIE LINKE 3)



Eberhard Nuß wurde als Kandidat der CSU in der Stichwahl mit 61,9 % zum Landrat des Landkreises Würzburg gewählt.
 Kreistagssitze: 70 (CSU 29, SPD 17, GRÜNE 7, Unabhängige Wählergemeinschaft/Freie Wähler e.V. 11, REP 2, ödp 2, FDP 2)



Christian Knauer wurde als Kandidat der CSU mit 62,3 % im Amt des Landrats bestätigt. Christian Knauer ist seit 2002 Landrat des Landkreises Aichach-Friedberg.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 30, SPD 14, GRÜNE 4, Parteifreie und Unabhängige Wählergemeinschaft 5, Freie Wähler 3, REP 1, FDP 2, ödp 1)



Martin Sailer wurde als Kandidat der CSU mit 52,1 % zum Landrat des Landkreises Augsburg gewählt.
 Kreistagssitze: 70 (CSU 34, SPD 14, GRÜNE 6, Freie Wähler 11, FDP 3, REP 1, ödp 1)



Leo Schrell, FUW Freie Unabhängige Wählervereinigung, ist seit 2004 Landrat des Landkreises Dillingen a.d. Donau.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 24, SPD 10, GRÜNE 3, Freie Wähler 12, Zukunft 4, FDP 4, REP 3)



Stefan Rößle wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU/Junge Bürger e.V. mit 94,2 % bestätigt. Stefan Rössle ist seit 2002 Landrat des Landkreises Donau-Ries.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 26, SPD 10, GRÜNE 4, Parteifreie Wählergruppe PWG/Freie Wähler e.V. 9, Junge Bürger e.V. 5, Donau-Rieser Frauenliste e.V. 2, 50plus aktiv 1, DIE LINKE 2, ödp 1)



Hubert Hafner wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU mit 82,2 % bestätigt. Hubert Hafner ist seit 1996 Landrat des Landkreises Günzburg.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 32, SPD 11, GRÜNE 3, Freie Wähler des Landkreises e.V. 10, FDP 4)



Elmar Stegmann wurde als Kandidat der CSU in der Stichwahl mit 52,9 % zum Landrat des Landkreises Lindau (Bodensee) gewählt.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 25, SPD 9, GRÜNE 7, Freie Wähler 13, Freie Bürgerschaft 4, ödp 2)



Erich Josef Geßner wurde als Kandidat der CSU mit 63,9 % als Landrat wiedergewählt. Erich Josef Geßner ist seit 1996 Landrat des Landkreises Neu-Ulm.
 Kreistagssitze: 70 (CSU 34, SPD 15, GRÜNE 8, Freie Wähler 11, FDP 2)



Johann Fleschhut wurde als Kandidat der FWO Freie Wähler Ostallgäu mit 56,7 % im Amt des Landrats bestätigt. Johann Fleschhut ist seit 2002 Landrat des Landkreises Ostallgäu.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 26, SPD 6, GRÜNE 6, FWO Freie Wählergemeinschaft e.V. 15, BP 2, FDP 2, Junges Ostallgäu 2, ödp 1)



Gebhard Kaiser wurde im Amt des Landrats als Kandidat der CSU mit 70,0 % bestätigt. Gebhard Kaiser ist seit 1996 Landrat des Landkreises Oberallgäu.
 Kreistagssitze: 70 (CSU 32, SPD 6, GRÜNE 9, Freie Wähler 15, Liste Junges Oberallgäu 3, ödp/Unabhängige Bürger 2, FDP 2, REP 1)



Hans-Joachim Weirather, Freie Wähler, ist seit 2006 Landrat des Landkreises Unterallgäu.
 Kreistagssitze: 60 (CSU 29, SPD 6, GRÜNE 4, Freie Wähler 14, ödp/Bürger für die Umwelt 3, JWU 3, FDP 1)

Die Daten beruhen auf Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung.



Landrat **Hermann Steinmaßl** feierte am **15. Mai 2008** den 60. Geburtstag. Landrat Hermann Steinmaßl ist seit 2002 Landrat des Landkreises Traunstein. In der letzten Amtszeit wirkte er beim Bayerischen Landkreistag u.a. im Ausschuss für Wirtschafts- und Verkehrsfragen und im Landesausschuss. Darüber hinaus vertrat er den Bayerischen Landkreistag im Landesausschuss des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, im Bayerischen Landessportbeirat und als Stellvertreter im Hauptausschuss der Bayerischen Krankenhausgesellschaft. Hermann Steinmaßl war von 1998 bis 2002 Mitglied des Bayerischen Landtags.

schen Krankenhausgesellschaft und als Stellvertreter in der Hauptversammlung der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern.



Landrat **Herbert Mirbeth** feiert am **6. Juni 2008** den 60. Geburtstag. Herbert Mirbeth ist seit 2002 Landrat des Landkreises Regensburg. Beim Bayerischen Landkreistag wirkte er in der letzten Amtszeit u.a. im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen und im Ausschuss für Wirtschafts- und Verkehrsfragen mit. Darüber hinaus vertrat er den Bayerischen Landkreistag im Landesplanungsbeirat, in der Vertreterversammlung des Bayerischen Gemeindeunfallversicherungsverbands und in Präsidium und Hauptausschuss des kommunalen Arbeitgeberverbands Bayern. Auch war er Stellvertreter im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss des Deutschen Landkreistags. Von 1994 – 2002 war er Mitglied des Bayerischen Landtags.

Korrektur:

Kreisrat Gernot Jellinek, Landkreis Dachau, feierte am 04.01.2008 den 50. Geburtstag.

Soweit bei Redaktionsschluss bekannt, feiern folgende Kreisrätinnen und Kreisräte im **Mai, Juni, Juli und August** 2008 Geburtstag:

Oberbayern

Mai

Im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen feiert Kreisrat Gerhard Hasreiter am 18.5.2008 den 65. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat Dr. Karl Probst, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, am 6.5.2008.

Kreisrat Michael Kreitmeir aus dem Landkreis Dachau wird am 5.5.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Erding vollendet Kreisrat Rudolf Ways aus Moosinning am 13.5.2008 das 65. Lebensjahr.

Im Landkreis Fürstentfeldbruck wird Kreisrätin Margit Quell am 26.5.2008 60 Jahre alt.

Kreisrat und Bürgermeister Siegfried Luge aus Eching a. Ammersee im



Landrat **Walter Schneider** feierte am **7. Mai 2008** den 60. Geburtstag. Walter Schneider ist seit 2002 Landrat des Landkreises Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim. Beim Bayerischen Landkreistag wirkte er u.a. in der letzten Amtsperiode im Landesausschuss und im Ausschuss für Gesundheits- und Sozialfragen mit. Darüber hinaus vertrat er den Bayerischen Landkreistag im Hauptausschuss der Bayeri-

Landkreis Landsberg a. Lech feiert am 12.5.2008 den 65. Geburtstag.

Im Landkreis Mühldorf a. Inn wird Kreisrat Georg Otter aus Gars a. Inn am 13.5.2008 65 Jahre alt.

Kreisrätin Angelika Furtmayr aus Pfaffenhofen a.d. Ilm im gleichnamigen Landkreis feiert am 28.5.2008 den 50. Geburtstag.

Juni

Am 13.6.2008 wird Kreisrat Kaspar Danner aus dem Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen 65 Jahre alt.

Kreisrat Michael Lichtmannegger aus dem Landkreis Berchtesgadener Land feiert am 2.6.2008 den 50. Geburtstag.

Im Landkreis Erding vollendet Kreisrat Fritz Bauschmid am 30.6.2008 den 65. Geburtstag.

Im Landkreis Freising wird Kreisrat Michael Grünwald aus Au i.d. Hallertau am 4.6.2008 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Freising feiert Kreisrat Dr. Heino Pause am 13.6.2008 den 65. Geburtstag.

Kreisrätin Elisabeth Janner aus Miesbach im gleichnamigen Landkreis vollendet am 20.6.2008 das 50. Lebensjahr.

Kreisrat Rolf Zeitler aus dem Landkreis München wird am 27.6.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Starnberg feiert Kreisrätin Christine Hollacher am 14.6.2008 den 50. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Starnberg wird Kreisrätin Christa Ackermann am 8.6.2008 70 Jahre alt.

Juli

Im Landkreis Altötting wird Kreisrat Franz Lehner aus Stammham am 21.7.2008 50 Jahre alt.

Kreisrat und Landrat a. D. Hans Vollhardt aus Ebersberg im gleichnamigen Landkreis vollendet am 5.7.2008 das 70. Lebensjahr.

Im Landkreis Garmisch-Partenkirchen wird Kreisrat Anton Speer jun. aus

Unterammergau am 12.7.2008 50 Jahre alt.

Kreisrat Günther Knoblauch aus Mühldorf a. Inn im gleichnamigen Landkreis vollendet am 8.7.2008 das 60. Lebensjahr.

August

Im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen feiert Kreisrat Georg Kellner am 15.8.2008 den 65. Geburtstag.

Kreisrat Ulrich Willburger aus Seehausen a. Staffelsee im Landkreis Garmisch-Partenkirchen wird am 19.8.2008 60 Jahre alt.

Am 10.8.2008 wird Kreisrat Dr. Manfred Rapp aus Landsberg a. Lech im gleichnamigen Landkreis 65 Jahre alt.

Kreisrätin Anneliese Hohenester aus Mühldorf a. Inn im gleichnamigen Landkreis feiert am 4.8.2008 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm vollendet Kreisrat Josef Steinberger aus Vohburg a.d. Donau am 29.8.2008 das 50. Lebensjahr.

Kreisrat Josef Löffler aus Stephanskirchen im Landkreis Rosenheim wird am 2.8.2008 65 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Rosenheim wird Kreisrat und Erster Bürgermeister Franz Meier aus Griesstätt am 9.8.2008 60 Jahre alt.

Kreisrat Karl-Ludwig Kaditzky aus Staudach-Egerndach im Landkreis Traunstein vollendet am 6.8.2008 das 65. Lebensjahr.

Niederbayern

Mai

Kreisrat Anton Deller aus Ergolding im Landkreis Landshut wird am 10.5.2008 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Landshut vollendet Kreisrat Michael Vogt aus Aham am 12.5.2008 das 60. Lebensjahr.

Kreisrat Dr. Helmut Schmiedeberg aus Geiselhöring im Landkreis Straubing-Bogen wird am 6.5.2008 60 Jahre alt.

Den 70. Geburtstag feiert Kreisrat Heinz Steindl aus Mallersdorf-Pfaffenberg im Landkreis Straubing-Bogen am 9.5.2008.

Juni

Kreisrätin Margit Ransberger aus Mamming im Landkreis Dingolfing-Landau wird am 18.6.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Regen feiert Kreisrat Peter Altmann aus Viechtach am 25.6.2008 den 60. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Regen wird Kreisrat Hubert Walter aus Zwiesel am 26.6.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Rottal-Inn vollendet Kreisrätin Edith Lirsch aus Triftern am 23.6.2008 das 50. Lebensjahr.

Im Landkreis Straubing-Bogen vollendet Kreisrat Max Löw aus Schwarzach am 24.6.2008 das 70. Lebensjahr.

Ebenfalls im Landkreis Straubing-Bogen wird Kreisrat Jürgen Tanne aus Hunderdorf am 26.6.2008 65 Jahre alt.

Juli

Kreisrätin Marlis Thalhammer aus dem Landkreis Deggendorf wird am 25.7.2008 60 Jahre alt.

Kreisrätin Brunhilde Irber, Landkreis Deggendorf, feiert am 27.7.2008 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Dingolfing-Landau wird Kreisrat Herbert Wazula aus Dingolfing am 1.7.2008 50 Jahre alt.

Kreisrat Johann Wenninger aus Schwarzach im Landkreis Straubing-Bogen feiert am 19.7.2008 den 50. Geburtstag.

August

Kreisrat Josef Steinberger aus Reisbach im Landkreis Dingolfing-Landau wird am 14.8.2008 65 Jahre alt.

Am 1.8.2008 feiert Kreisrätin Heike Dülfer aus Schönberg im Landkreis Freyung-Grafenau den 60. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Freyung-Grafenau wird Kreisrat Georg Fischer aus Grafenau am 8.8.2008 70 Jahre alt.

Kreisrat und Bürgermeister Alfons Satzl aus Obersüßbach im Landkreis Landshut feiert am 1.8.2008 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Regen wird Kreisrat Eberhard Kreuzer aus Zwiesel am 26.8.2008 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Regen feiert Kreisrat Otto Pfeffer am 8.8.2008 den 70. Geburtstag.

Am 10.8.2008 wird Kreisrat Heinz Uekermann aus Mitterfels im Landkreis Straubing-Bogen 60 Jahre alt.

Oberpfalz

Mai

Im Landkreis Cham feiert Kreisrätin Dr. Johanna Etti am 10.5.2008 den 50. Geburtstag.

Am 18.5.2008 wird Kreisrat Dr. Hans Hartl, Landkreis Cham, 65 Jahre alt.

Kreisrat Gerald Morgenstern, Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab, wird am 11.5.2008 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab feiert Kreisrat Andreas Wutzlhofer am 26.5.2008 den 50. Geburtstag.

Am 18.5.2008 wird Kreisrat Wolfgang Töppel, Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab, 60 Jahre alt.

Kreisrat Armin Schärtl aus Nabburg im Landkreis Schwandorf feiert am 3.5.2008 den 50. Geburtstag.

Kreisrat Karl Bley aus Nittenau im Landkreis Schwandorf wird am 7.5.2008 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Schwandorf vollendet Kreisrat Hans Eibauer aus Schönsee am 23.5.2008 das 60. Lebensjahr.

Kreisrat Joachim Hanisch aus Bruck i.d. OPf. im Landkreis Schwandorf wird am 25.5.2008 60 Jahre alt.

Am 3.5.2008 feiert Kreisrat Alois Seeger aus Guteneck im Landkreis Schwandorf den 65. Geburtstag.

Kreisrat Christian Baumann aus Kemnath im Landkreis Tirschenreuth wird am 18.5.2008 60 Jahre alt.

Juni

Im Landkreis Amberg-Sulzbach feiert Kreisrat Günter Koller aus Sulzbach-Rosenberg am 25.6.2008 den 50. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat Thomas Dengler, Landkreis Cham, am 29.6.2008.

Juli

Kreisrat Stefan Lindenberger aus Auerbach i.d. OPf. im Landkreis Amberg-Sulzbach wird am 26.7.2008 50 Jahre alt.

Im Landkreis Schwandorf feiert Kreisrat Jakob Scharf aus Steinberg a. See am 4.7.2008 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Günther König aus Neusorg im Landkreis Tirschenreuth vollendet am 8.7.2008 das 65. Lebensjahr.

August

Kreisrätin Johanna Fischer aus dem Landkreis Cham wird am 11.8.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Neumarkt i.d. OPf. vollendet Kreisrat Ludwig Fürst am 1.8.2008 das 60. Lebensjahr.

Ebenfalls im Landkreis Neumarkt i.d. OPf. feiert Kreisrat Rupert Faltermeier am 2.8.2008 den 75. Geburtstag.

Kreisrat Gerhard Steiner aus dem Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab wird am 15.8.2008 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab feiert Kreisrat Hans Roßmann am 21.8.2008 den 65. Geburtstag.

Im Landkreis Schwandorf wird Kreisrat Heinz Karg aus Burglengenfeld am 19.8.2008 60 Jahre alt.

Kreisrat Toni Dutz aus Wiesau im Landkreis Tirschenreuth vollendet am 21.8.2008 das 50. Lebensjahr.

Oberfranken

Mai

Im Landkreis Bamberg wird Kreisrat Wolfgang Möhrlein aus Litzendorf am 26.5.2008 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Bamberg feiert Kreisrat Erwin Braun aus Hallstadt am 7.5.2008 den 70. Geburtstag.

Kreisrat Stephan Unglaub aus Bischofsgrün im Landkreis Bayreuth wird am 2.5.2008 50 Jahre alt.

Im Landkreis Forchheim feiert Kreisrat Otto Simmerlein aus Pinzberg am 25.5.2008 den 65. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Forchheim wird Kreisrat Jürgen Kränzlein aus Gößweinstein am 30.5.2008 65 Jahre alt.

Kreisrat Gerhard Rentsch aus Ludwigsstadt im Landkreis Kronach vollendet am 21.5.2008 das 50. Lebensjahr.

Im Landkreis Kulmbach feiert Kreisrat Jürgen Öhrlein aus Mainleus am 7.5.2008 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Robert Gack aus Lichtenfels im gleichnamigen Landkreis wird am 10.5.2008 60 Jahre alt.

Kreisrat Reinhard Weiß aus Kirchenlamitz im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge feiert am 8.5.2008 den 60. Geburtstag.

Juni

Im Landkreis Coburg wird Kreisrat Georg Hofmann aus Neustadt am 3.6.2008 60 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat und Erster Bürgermeister Helmut Fischer aus Michelau i. Oberfranken im Landkreis Lichtenfels am 2.6.2008.

Kreisrat und Erster Bürgermeister Heinz Martini aus Tröstau im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge wird am 29.6.2008 50 Jahre alt.

Juli

Im Landkreis Bayreuth wird Kreisrat Karl Lothes aus Pegnitz am 14.7.2008 50 Jahre alt.

Kreisrat Alfred Schlegel aus Sparneck im Landkreis Hof feiert am 11.7.2008 den 65. Geburtstag.

Im Landkreis Kronach wird Kreisrat Bernd Steger aus Küps am 13.7.2008 60 Jahre alt.

Am 13.7.2008 feiert Kreisrat Stephan Heckel aus Ködnitz im Landkreis Kulmbach den 50. Geburtstag.

Kreisrat Robert Fiedler aus Altenkunstadt (Maineck) im Landkreis Lichtenfels wird am 27.7.2008 65 Jahre alt.

August

Im Landkreis Hof feiert Kreisrat Manfred Mutterer aus Helmbrechts am 5.8.2008 den 60. Geburtstag.

Kreisrat und Erster Bürgermeister Jürgen Kohmann aus Bad Staffelstein im Landkreis Lichtenfels wird am 13.8.2008 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Lichtenfels feiert Kreisrat Hans-Werner Schuster aus Altenkunstadt am 26.8.2008 den 50. Geburtstag.

Im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge wird Kreisrat Georg Dülp aus Markt-leuthen am 25.8.2008 70 Jahre alt.

Mittelfranken

Mai

Im Landkreis Ansbach feiert Kreisrat Franz Kelch am 26.5.2008 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Harald Trabert aus Gollhofen im Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim wird am 21.5.2008 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim feiert Kreisrat Reinhold Klein aus Sugenheim am 22.5.2008 den 50. Geburtstag.

Juni

Kreisrat Peter Stief aus dem Landkreis Nürnberger Land wird am 13.6.2008 65 Jahre alt.

Juli

Kreisrat Alexander Küßwetter aus dem Landkreis Ansbach feiert am 28.7.2008 den 60. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Ansbach wird Kreisrat Uwe Schreiner am 12.7.2008 65 Jahre alt.

Kreisrat Dieter Sebastian aus Zirndorf im Landkreis Fürth feiert am 22.7.2008 den 65. Geburtstag.

Im Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim wird Kreisrätin Christa Götz aus Neustadt a.d. Aisch am 19.7.2008 60 Jahre alt.

Am 30.7.2008 feiert Kreisrat Helmut Roch aus Diespeck im Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim den 60. Geburtstag.

Kreisrat Norbert Reh, Landkreis Nürnberger Land, wird am 25.7.2008 65 Jahre alt.

Im Landkreis Roth feiert Kreisrätin Dr. Ursula Burkhardt aus Spalt am 24.7.2008 den 60. Geburtstag.

August

Kreisrat Bernd Schnizlein aus Neustadt a.d. Aisch im Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim wird am 12.8.2008 60 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Reinhold Kestler aus Baudenbach im Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim am 12.8.2008.

Unterfranken

Mai

Kreisrätin Heidrun Schmitt aus dem Landkreis Aschaffenburg wird am 9.5.2008 65 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Aschaffenburg feiert Kreisrätin Maria Edlich am 21.5.2008 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Main-Spessart wird Kreisrat Wolfgang Küber am 26.5.2008 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Main-Spessart feiert Kreisrat Heinz Näscher am 18.5.2008 den 65. Geburtstag.

Am 5.5.2008 vollendet Kreisrat Karl-Heinz Schönefeld aus dem Landkreis Rhön-Grabfeld das 60. Lebensjahr.

Kreisrat Robert Wächter aus Gerolzhofen im Landkreis Schweinfurt wird am 6.5.2008 70 Jahre alt.

Juni

Kreisrätin Margit Menke aus dem Landkreis Aschaffenburg feiert am 2.6.2008 den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Schweinfurt wird Kreisrat Heinz Lorz aus Gerolzhofen am 27.6.2008 60 Jahre alt.

Juli

Kreisrätin Karin Renner aus Bad Kissingen im gleichnamigen Landkreis wird am 22.7.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Main-Spessart feiert Kreisrat Dr. Winfried Dornhöfer am 17.7.2008 den 65. Geburtstag.

Kreisrat Otto Schmedding aus Eichenbühl im Landkreis Miltenberg wird am 17.7.2008 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Miltenberg feiert Kreisrat Hermann Spinnler aus Sulzbach a. Main am 18.7.2008 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Helmut Will aus dem Landkreis Rhön-Grabfeld wird am 11.7.2008 60 Jahre alt.

August

Im Landkreis Haßberge wird Kreisrätin Elisabeth Ambros aus Knetzgau am 2.8.2008 60 Jahre alt.

Schwaben

Mai

Im Landkreis Dillingen a.d. Donau wird Kreisrätin Rita Oberfrank aus Höchstädt a.d. Donau am 3.5.2008 70 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Dillingen a.d. Donau feiert Kreisrätin Elisabeth Bahner aus Lauingen (Donau) am 10.5.2008 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Dr. Johann Popp aus Wertingen im Landkreis Dillingen a.d. Donau wird am 5.5.2008 50 Jahre alt.

Juni

Am 10.6.2008 wird Kreisrat Lorenz Arnold aus Dasing im Landkreis Aichach-Friedberg 65 Jahre alt.

Kreisrat Siegfried Skarke aus Altenmünster im Landkreis Augsburg feiert am 26.6.2008 den 50. Geburtstag.

Kreisrat und Erster Bürgermeister Reinhold Sing aus Wittislingen im Landkreis Dillingen a.d. Donau feiert am 24.6.2008 den 65. Geburtstag.

Im Landkreis Dillingen a.d. Donau wird Kreisrätin Vera Schweizer aus Gundelfingen a.d. Donau am 19.6.2008 60 Jahre alt.

Kreisrat Dr. Andreas Becker aus dem Landkreis Donau-Ries feiert am 6.6.2008 den 50. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Donau-Ries wird Kreisrätin Sigrid Helmer am 20.6.2008 65 Jahre alt.

Kreisrat Josef Reichensberger, Landkreis Donau-Ries, feiert am 27.6.2008 den 50. Geburtstag.

Im Landkreis Lindau wird Kreisrätin Daniele Kraft am 2.6.2008 60 Jahre alt.

Kreisrat Heinz Peter Ehrenberg aus dem Landkreis Neu-Ulm wird am 24.6.2008 50 Jahre alt.

Juli

Kreisrat Karl Hurler aus Wertingen im Landkreis Dillingen a.d. Donau feiert am 26.7.2008 den 60. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat und Erster Bürgermeister Wolfgang Schenk aus Lauingen im Landkreis Dillingen a.d. Donau am 21.7.2008.

Im Landkreis Oberallgäu feiert Kreisrat Thomas Gehring aus Blaichach am 27.7.2008 den 50. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Dr. Ursula Schuster aus Irsee im Landkreis Ostallgäu am 31.7.2008.

August

Kreisrat Alois Stadler aus dem Landkreis Donau-Ries wird am 22.8.2008 60 Jahre alt.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrätin Ursula Krieger aus Lindau im gleichnamigen Landkreis am 7.8.2008.

Kreisrat Werner Weiss aus dem Landkreis Neu-Ulm feiert am 28.8.2008 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Josef Zengerle, MdL, aus Sonthofen im Landkreis Oberallgäu wird am 17.8.2008 60 Jahre alt.

Im Landkreis Ostallgäu feiert Kreisrätin Angelika Schorer, MdL, aus Jengen-Beckstetten am 12.8.2008 den 50. Geburtstag.

Kreisrat Alfons Biber aus Breitenbrunn im Landkreis Unterallgäu wird am 2.8.2008 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Unterallgäu wird Kreisrätin Doris Kienle aus Ottobeuren am 19.8.2008 65 Jahre alt.

